Das Grüne Blatt

Für Sie Vor Ort

Alfter · Gielsdorf · Impekoven · Oedekoven · Witterschlick · Volmershoven · Heidgen

Mit unserem Wahlprogramm in der Heftmitte

„Zuhören. Verstehen. Gemeinsam gestalten und hier und da mit ungewöhnlichen Ansätzen überraschen."

Mehr dazu auf Seite 2

GRÜNE Kommunalpolitik Alfter
WhatsApp-Kanal

Scanne diesen QR-Code mit der Kamera, um diesen Kanal anzusehen oder zu abonnieren.

Wirksam für Alfter

Warum sich Kommunalpolitik (trotzdem) lohnt

Mehr dazu auf Seite 4

Personalmangel in Kindertagesstätten

Mehr dazu auf Seite 4

Mobilitätsmanagement komplett vernachlässigt

Mehr dazu auf Seite 5

Bildung für Alfter

Mehr dazu auf Seite 7

2. Alfterer Pflanzentauschbörse

Mehr dazu auf Seite 7

Haushalt: Wofür muss die Gemeinde Alfter Geld ausgeben?

Mehr dazu auf Seite 8

Landschaftsplan Alfter

Mehr dazu auf Seite 9

Die neue Grundsteuer

Mehr dazu auf Seite 9

Artenvielfalt ist wichtig für Wohlstand und Ästhetik

Mehr dazu auf Seite 10

Grünes Sommerfest am Samstag, dem 23. August, ab 15:30 Uhr, Dorfgemeinschaftshaus, Gielsdorf

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Ausgabe Juli 2025

„Zuhören. Verstehen. Gemeinsam gestalten und hier und da mit ungewöhnlichen Ansätzen überraschen.“

Ein Gespräch mit Christoph Mirbach, Bürgermeisterkandidat für Bündnis 90/Die Grünen in Alfter.

Grünes Blatt: Herr Mirbach, Sie bewerben sich für das Bürgermeisteramt in Alfter. Was treibt Sie persönlich an?

Christoph Mirbach: Ich bin in Gielsdorf aufgewachsen, habe über Grundschule, Messdiener, KLJB Gielsdorf und Alfter, Fußball und die erste Rock-Band meine komplette Jugend hier verbracht, nach der Ausbildung in Alfter geheiratet und mit meiner Frau in Gielsdorf zwei Kinder großgezogen. Ich empfinde Alfter als ausgesprochen lebenswerte Gemeinde. Mit starkem Zusammenhalt – besonders über die Vereine und Unternehmen – aber auch als Ort mit besonderer Lage nah an den Städten Köln und Bonn. Und mit dem besonderen Alleinstellungsmerkmal der Alanus-Hochschule.

Meine Motivation: Ich möchte dazu beitragen, dass Alfter ein nahbarer und zukunftsfester Ort wird. Das geht nur mit einem offenen Ohr und ohne leere Versprechungen. Ich mag keine politischen Floskeln und möchte nichts versprechen, was ich später nicht halten kann.

„Erkenntnisse durch Blicke von und nach außen“

Grünes Blatt: Was bedeuten für Sie „ungewöhnliche Ansätze“ in der Lokalpolitik?

Christoph Mirbach: Ich lade schon mal politisch interessierte Freunde und Bekannte aus ähnlich strukturierten Kommunen ein und lasse sie mal einen Blick von außen auf unsere Gemeinde werfen: Das öffnet den Blick für Dinge, die man vorher nicht auf dem Schirm hatte oder fälschlicherweise als gegeben hingenommen hat. Umgekehrt: Meine Besuche in anderen Gemeinden, wo ich nach interessanten Ansätzen suche. Kommunalpolitik muss sich am Nutzen für unseren Ort orientieren – nicht an Parteilinien oder persönlichen Vorlieben.“

Grünes Blatt: Was ist Ihnen im politischen Handeln besonders wichtig?

Christoph Mirbach: Ich finde es wichtig, dass wir in der Kommunalpolitik eine konstruktive, zwischenmenschlich freundliche und an der Sache orientierte, effektive Arbeitsweise haben. Wenn beispielsweise eine Idee gut für unsere Kommune ist, dann sollten wir sie gemeinsam verfolgen – unabhängig davon, ob sie von uns Grünen, der CDU, der SPD, der KofA, der UWG oder der FDP kommt. Ich wünsche mir einen Stil, der das Wohl der Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt stellt.

Treffen mit dem Grünen Bundesvorsitzenden Felix Banaszak

„Konkrete Projekte statt Symbolpolitik“

Grünes Blatt: Ideen anderer aufgreifen ist die eine Seite. Ideen haben die andere. Welche Vorhaben sind Ihnen besonders wichtig?

Christoph Mirbach: Ich nenne mal Vorhaben aus verschiedenen Bereichen, die mir sehr wichtig sind:

Der Haushalt: Neben Kosteneindämmung und Sparmaßnahmen gibt es ja auch noch die Möglichkeit, auf der Einnahmeseite Verbesserungen zu erzielen. Zentral ist hier z.B. die erfolgreiche Vermarktung des Gewerbegebiets Alfter Nord und des Buschkauler Feldes. Auch lohnt ein Blick über den Alfterer Tellerrand hinaus. Ich habe mich in erfolgreich wirtschaftenden Kommunen informiert. Da gibt es eine Menge importierbarer Ideen, zum Beispiel für die Nutzung erneuerbarer Energien. Viel Engagement, Fantasie und die WfA können hier wichtige Pushfaktoren sein.

Klimaanpassung im Alltag: Die zunehmenden Extremhitzetage treffen viele Ältere und Kranke hart. Öffentliche Orte mit Schatten, Wasser und Kühle müssen Teil unserer Infrastruktur werden. Schattenspendende Bäume müssen in großer Zahl gepflanzt werden. Das ist kein Luxus, sondern Fürsorgepflicht. Kirchenräume könnten in Extrem-Hitze-Situationen auch eine Anlaufstelle sein. Das komplexe Thema der Starkregenvorsorge muss zielgerichtet angegangen werde. Dazu zählt auch der Eigenschutz der Bürgerinnen und Bürger. Hier muss die Gemeinde Starkregenberatende ausbilden.

Die Situation bei den offenen Ganztagsschulen und Kindertagesstätten ist aktuell nicht wirklich zufriedenstellend. So müssen unter anderem die Kosten für die Ferienbetreuung unbedingt wieder auf ein sozial verträgliches Maß gesenkt werden. Die Personalsituation muss stabilisiert und Betreuungszeiten wieder verlässlich werden.

Die Einkaufssituation am Herrenwingert: Ein Kernthema für die nächsten Jahre wird der Fortbestand beziehungsweise die Neuansiedlung eines Lebensmittelmarktes im Alfterer Ortskern sein. Hier muss dringend eine langfristige, sichere Lösung her, verbunden mit einem neuen Investor am Hertersplatz.

Dann wären da noch die Verbesserungen im Mobilitätsbereich. Wir haben konkrete Ideen zum Beispiel zum Ausbau des Radwegenetzes, zum Hangbus, zum Car-Sharing, zur Ladeinfrastruktur und so weiter.

Genossenschaftliche Erneuerbare-Energiegewinnung wäre ein Herzensthema von mir. Vor Ort kann durch Einsatz von Solartechnik viel Energie erzeugt werden, auch Windkraft ist hier und da möglich. Der Einsatz von Kleinspeichern muss geprüft werden. Andere Kommunen machen uns vor wie es geht. Ich finde: Das brauchen wir in Alfter auch!

Ein Co-Working-Space würde Alfter sehr gut tun. Das sind innovative Arbeitsräume, die sich Kleinst- und mittlere Unternehmen buchen können, in denen man eine hochmoderne Infrastruktur bereithält. Unser Kreistagsmitglied Wilhelm Windhuis und ich haben im Mai an der Eröffnung der zweiten, großen „Filiale“ der Denkschmiede Hennef in Winterscheid teilgenommen und haben uns das ganze spannende Projekt angeschaut und einfach mal Kontakte geknüpft. Viel KI und angenehme Arbeitsatmosphäre unterstützten z. B. Start-ups, Einzelunternehmerinnen und -unternehmer sowie Menschen in Ausbildung aus Handwerk, Wissenschaft und Forschung! Energien werden gebündelt und man tauscht sich aus.

Die Liste unserer Ideen für Alfter ist lang! Es gibt unfassbar oft Möglichkeiten, eine Win-Win Situation zu kreieren: Also gute Ideen, die Bürgerinnen und Bürgern, Ort und Umwelt einen Vorteil bringen, die Kommune wenig kosten und im Idealfall noch Einnahmen generieren. Ein Beispiel gefällig?

Grünes Blatt: Gerne, wir sind gespannt!

Christoph Mirbach: Wir vermitteln zwischen denen, die leerstehende Ladenlokale besitzen und denen, die gerne Kleingewerbe betreiben wollen. Dann versuchen wir zum Beispiel mehrere Kleinbranchen zusammen in diese Räumlichkeiten zu vermitteln. Sowas nennt man heute Co-Retail oder Regalerie. Mit den Inhaberinnen und Inhabern versuchen wir einen niedrigen Mietzins für den Start auszuhandeln. Davon profitieren beide Seiten gleichermaßen. Die Unternehmen von niedrigen Kosten, die Vermietenden von rasch und sicher vermieteten Räumen. Die Unternehmen werden sich gegen-

seitig beflügeln. Man kann die Arbeitskräfte bündeln und gegebenenfalls noch einen gemeinsamen Onlinehandel draufpacken. Im größeren Schritt könnte das auch ein Co-Working-Space in Zusammenarbeit mit der Alanus-Hochschule sein, oder? Die Gemeinde profitiert von zusätzlichem Gewerbe und einer Belebung der Ortskerne.

„Zukunft geht nur gemeinsam – und mit Ideenreichtum"

Grünes Blatt: Okay, Herr Mirbach. Das sind tatsächlich wichtige Themen und Vorhaben. Aber wo ist ihr Alleinstellungsmerkmal? Wofür sollen gerade Sie gewählt werden?

Christoph Mirbach: Ich kenne den Ort seit Ewigkeiten, seine Probleme aber auch Möglichkeiten, ein Ort zum Leben zu sein. Als Bürgermeister will ich eine Brücke sein zwischen den verschiedenen Interessengruppen im Ort und der Verwaltung. Ich höre gerne zu, lerne und vermittele dann die besten Lösungen und Kompromisse. Dabei bringe ich meine Erfahrungen als Selbständiger Unternehmer genauso ein wie die Kenntnis unserer Kommunalpolitik, die ich seit fünf Jahren als Sachkundiger Bürger begleite und mitgestalte.

Grünes Blatt: Herr Mirbach, als Bürgermeister sind sie auch der „Chef" der Verwaltung. Was steht in diesem Bereich an?

Christoph Mirbach: Ich möchte unbedingt das Fördermittelmanagement professionalisieren. Es ist wiederholt vorgekommen, dass Mittel nicht beantragt wurden, die unserer Kommune hätten helfen können: Ein Beispiel waren die Baumpflanzungen und beinahe die Go.Rheinland-Fördertöpfe. Hätten wir als Grüne Fraktion da nicht aufgepasst, wären diese Mittel, wie auch jetzt bei dem Antrag zu den zu 100 % geförderten barrierefreien Bushaltestellen, wahrscheinlich verloren gewesen. Auch die neue Hochwasserförderrichtlinie bezüglich der Brücke über den Hardtbach war offensichtlich nicht bekannt. Ich würde die Interessensvertretung der Gemeinde, auch zum Beispiel über den Städte und Gemeindebund, sozusagen als „Chefdiplomat" optimieren. Hier kann man viel proaktiver gegenüber Kreis, Land und Bund auftreten. Da ist viel mehr drin für Alfter!

Ferner ist sparsames Wirtschaften angesagt, indem mehr eigenes Personal eingebunden wird. Für einen Schulwegeplan reicht beispielsweise das Wissen von Eltern, Schule und Verwaltung. Die sind nah dran am Problem. Die Grundschule Witterschlick hatte schon vor Jahren einen eigenen Wegeplan auf ihrer Homepage. Da braucht es kein teures externes Planungsbüro.

Wilhelm Windhuis und Christoph Mirbach als Gäste bei der Eröffnung des Co-Working-Spaces in Ruppichteroth

„Bürgerbeteiligung ist die Grundlage für fast Alles!"

Grünes Blatt: Bürgerbeteiligung ist ein großer Punkt in Ihrem Programm. Was heißt das konkret?

Christoph Mirbach: Ich will Beteiligung nicht als lästiges Zugeständnis verstehen, sondern als Grundprinzip unserer Politik. Wer als Bürgerin oder Bürger frühzeitig eingebunden wird und Ideen einbringt, trägt Entscheidungen mit. Es wird zum Projekt der Bürgerschaft. Ich plane regelmäßige Sprechstunden in allen Ortsteilen – sowohl vor Ort in den Lokalen als auch digital. Die Beteiligungsplattform „alfter-macht-mit.de" soll endlich mit Leben gefüllt werden: transparent, leicht verständlich, barrierefrei. Und: Kinder und Jugendliche sollen mitreden. Auch der Jugendbeirat braucht mehr Gewicht. Sie sind die Generation, für die wir heute planen – also sollte sie auch mitgestalten.

„Kandidatur – ohne Vorbereitung geht es gar nicht"

Grünes Blatt: Wie bereiten Sie sich auf ein so verantwortungsvolles Amt vor?

Christoph Mirbach: Mit fast jeder freien Minute außerhalb von Beruf und Familie. Ich investiere Zeit in viele unterschiedliche Formate:

Christoph Mirbach nimmt an der Veranstaltung „Regionale Wertschöpfung aus Windenergie" teil

Ich besuche zahlreiche Kommunen und tausche mich mit dortigen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern aus – um gute Ideen einzusammeln.

Ich lasse mir Vieles von unseren erfahrenen Fraktionsmitgliedern, die alle ihr Spezialgebiet besitzen, vertieft erläutern.

Ich nehme regelmäßig an Fortbildungen zu Kommunalrecht und Verwaltungsstrukturen teil und bin neugierig auf nachhaltige Start-ups, die ich aufsuche und die uns auch in Alfter als Impulsgeber dienen könnten.

Darüber hinaus bin ich viel unterwegs in unserer Gemeinde – zu Fuß oder mit dem Fahrrad.

Ich spreche mit Bürgerinnen und Bürgern bei jeder Gelegenheit, ob im Vereinsheim, beim Straßenfest oder auf dem Spielplatz.

Ich besuche Veranstaltungen unserer Vereine, unterstütze nachhaltige Projekte vor Ort und nehme Einladungen von Bürgerinitiativen und Fachleuten sehr gern an.

All das ist für mich keine Pflichtübung – sondern der Ausdruck von Respekt vor diesem Amt, um das ich mich bewerbe. Und das macht auch noch eine Menge Spaß zusammen mit unserem Ortsverband – und ist keine Sekunde langweilig.

„Zukunft geht nur gemeinsam – und mit Ideenreichtum"

Grünes Blatt: Was dürfen die Alfterer von Ihnen als Bürgermeister erwarten?

Christoph Mirbach: Ein Alfter, das sozial gerecht, ökologisch verantwortlich und wirtschaftlich klug handelt. Das Nachhaltigkeit nicht als Modewort begreift, sondern als unseren täglichen Kompass. Ob Mehrgenerationenwohnen, digitale Gemeindekommunikation, klimaangepasstes Bauen oder die Förderung regionaler Wirtschaft – ich sehe darin keine Gegensätze, sondern Bausteine eines lebenswerten Gesamten. Was sie eher nicht erwarten dürfen, sind krachende Ansagen und vollmundige Versprechungen. Ich halte nichts von Phrasen wie „Ich werde die Grundsteuer senken!" – ohne seriös zu erklären, wie. Ich verspreche lieber, alles dafür zu tun, dass Alfter seine Spielräume zurückgewinnt – ohne dabei Zukunftsprojekte zu opfern.

Interkommunaler Austausch mit Rainer Viehof, dem Bürgermeister von Eitorf

Wirksam für Alfter

Warum sich Kommunalpolitik (trotzdem) lohnt

Im April 2025 berichtete u.a. die Süddeutsche Zeitung von einer Studie der Körber Stiftung, für die mehr als 2.000 ehrenamtliche Stadt- und Gemeinderatsmitglieder befragt wurden. Die Ergebnisse der Umfrage waren besorgniserregend: Ein Viertel der Befragten hatten selbst oder in ihrem Umfeld aufgrund ihres politischen Engagements Bedrohungen erlebt. Auch die Rahmenbedingungen kommunalpolitischer Arbeit wurden als herausfordernd erlebt. Immer mehr Aufgaben und steigende bürokratische Anforderungen bei gleichzeitig zu geringer Finanzausstattung führten dazu, dass auf kommunaler Ebene kaum noch Gestaltungsmöglichkeiten bestünden. Damit berichten die Stadt- und Gemeinderäte genau das, was auch die Kommunalen Spitzenverbände seit Jahren kritisieren: Für die Städte und Gemeinden, wo eigentlich das Herz der Demokratie schlagen und Mitbestimmung erlebbar werden sollte, werden Gestaltungsspielräume immer kleiner. Warum also will heute überhaupt noch jemand ein Ehrenamt in der Kommunalpolitik annehmen?

Die beschriebenen schwierigen Rahmenbedingungen sind uns auch in Alfter nicht unbekannt. Trotzdem halte ich es immer noch für ein Privileg, als Mitglied des Gemeinderats über die Geschicke von Alfter mitentscheiden und – besser noch – eigene Vorstellungen, Erfahrungen und Expertise einbringen zu können. Wir Grüne hatten schon immer den Anspruch, im Gemeinderat eine starke Stimme für nachhaltige Politik zu sein. Wir hinterlassen Spuren, bringen uns aktiv und konstruktiv in Diskussionen ein, setzen neue Themen und treiben diese konsequent voran. So haben wir in den letzten Jahren unter anderem

- als erste die Erschließung der Alfterer Hanglagen durch Buslinien gefordert und damit die Einführung der ersten beiden Kleinbuslinien im Rhein-Sieg-Kreis bewirkt,
- bessere Fahrradabstellanlagen an den Bahnhaltepunkten der S 23 und der Stadtbahnlinie 18 ermöglicht,
- uns konsequent für einen Ausbau der S23 eingesetzt: Taktverdichtungen gefordert, eine Potenzialuntersuchung für einen Halt der S 23 in Volmershoven durchgesetzt und als erste die Elektrifizierung gefordert,
- dafür gesorgt, dass es ein Baulandmanagement gibt, das sich erstmals überhaupt stärker an sozialen und ökologischen Zielen orientiert und der Gemeinde weitere Einnahmen ermöglicht,
- den Gründungsprozess des Gymnasiums wesentlich im Sinne der besten pädagogischen und wirtschaftlichen Lösungen mitgestaltet,
- die Gemeinde beim Klimaschutz endlich auf einen nachhaltigen Weg gebracht (Klimaneutralität beschlossen, Klimamanager eingestellt, interkommunale Zusammenarbeit gestärkt),
- beim Gemeindehaushalt klar Position gegen übertriebene Steuererhöhungen und für ein besseres Haushaltsmanagement insgesamt bezogen,
- den ersten Jugendbeirat Alfters initiiert und damit Jugendbeteiligung und Demokratie vor Ort gestärkt,
- Waldankauf im Haushalt verankert, neue Naturwaldzellen angestoßen und Baumpflanzungen auf Schulhöfen und Spielplätzen durchgesetzt,
- die Weiternutzung des durch den Tonabbau abgeschnittenen Wegenetzes in Witterschlick durch zusätzliche Verbindungswege ermöglicht,
- die erste Fahrradstraße in Alfter auf den Weg gebracht und für die konsequente Umsetzung der Radpendlerroute gekämpft,
- das Gewerbegebiet Alfter Nord Richtung Qualität und Nachhaltigkeit entwickelt.

Diesen Weg wollen wir in den nächsten Jahren fortsetzen und für alle arbeiten, die daran glauben, dass Alfter noch besser werden kann: nachhaltiger, sozialer, innovativer. Wir bitten um Ihre Unterstützung und versprechen: Die Grünen in Alfter liefern weiter ab für ein zukunftsfestes Alfter und für eine funktionierende Demokratie vor Ort.

Dominic Larue (Fraktionssprecher der Grünen im Gemeinderat)

Personalmangel in Kindertagesstätten

Ein halbes Jahr verlorene Betreuungszeit

In einer Kindertagesstätte in unserer Gemeinde kommt es seit über zwei Jahren immer wieder zu massiven Ausfällen und Kürzungen der Betreuungszeit aufgrund von Personalmangel. Ich habe einmal ausgerechnet, wie viel Betreuungszeit einem Kind aus dem Einschulungsjahrgang 2025 dadurch insgesamt verlorengegangen ist: Es sind ungefähr 1200 Stunden oder 27 Wochen. 27 Wochen – das ist mehr als ein halbes Jahr.

Klagen über Ausfälle und Kürzungen der Betreuungszeiten hört man in Gesprächen von sehr vielen Eltern, unabhängig davon, bei welchem Träger sie ihr Kind angemeldet haben. Diese fehlende Zeit hat Auswirkungen in vielen Bereichen des Lebens der Kinder, der betroffenen Familien und der Gesellschaft.

Bildung beginnt nicht erst mit der Einschulung. Unsere Kindertagesstätten haben einen Bildungsauftrag. Für die Entwicklung der Kinder ist die frühkindliche Bildung in den Kindertagesstätten enorm wichtig. Sie trägt zur Chancengerechtigkeit bei und hilft den Kindern, sich in größeren, heterogenen sozialen Gruppen zurechtzufinden. Kindertagesstätten erkennen Probleme und bieten Förderung an, damit eine gute Grundlage für die weitere Bildung in der Schule gelegt wird. Sie unterstützen beim Spracherwerb, insbesondere bei Kindern, für die Deutsch nicht die Muttersprache ist. Bei körperlichen Beeinträchtigungen kann Frühförderung direkt in der Kindertagesstätte erfolgen und so die Eltern entlasten. Die letzten zwei Jahre in der Kindertagesstätte sind in NRW deshalb auch kostenlos – eine gute Vorbereitung für die Schule soll nicht am Geld scheitern. Kindern mit ganz unterschiedlichen sozialen und kulturellen Hintergründen sollte ein vergleichbarer Start in die Bildungskarriere gewährleistet werden. Für diese wichtige Aufgabe steht jedoch zu wenig Zeit zur Verfügung.

Ein weiterer Aspekt ist die Belastung für die Familien. Nicht zu wissen, ob und wie viel Betreuung am nächsten Tag zur Verfügung steht, bedeutet Stress. Es heißt, dass jeder Termin auf der Arbeit und im Privaten unter Betreuungsvorbehalt steht. An Tagen mit verkürzten Betreuungszeiten hat die Familie immer wieder die Aufgabe, das Abholen und Bringen neu abzusprechen oder sogar alternative Betreuungsmöglichkeiten zu finden. Der Tagesablauf ist dann immer wieder neu zu organisieren. Diesen Stress spüren auch die Kinder. Wenn aktuell bundespolitisch von mehr Frauenerwerbstätigkeit gesprochen wird, können Eltern von Kindern, die eine Kindertagesstätte besuchen, oft nur müde lächeln. Natürlich gibt es Familien, die auf Großeltern zurückgreifen können. Fällt die Rückfallebene weg, müssen sich die Eltern entscheiden: Entweder mit Kind arbeiten zu gehen und dabei immer das Gefühl haben, keinem von beidem gerecht zu werden oder die Arbeitszeit zu reduzieren, mit nicht unerheblichen finanziellen Konsequenzen. Wer von uns kann ohne Weiteres auf sechs Monatsgehälter verzichten?

Nicht vergessen sollte man den volkswirtschaftlichen Aspekt. 1200 Stunden Ausfall sind auch Stunden, an denen in vielen Familien ein Elternteil als Arbeitskraft nur eingeschränkt oder gar nicht zur Verfügung stehen kann. Der Verzicht auf einen Arbeitsplatz beziehungsweise auf Arbeitszeit zugunsten einer eigenen Kinderbetreuung bedeutet jedoch Einkommensverlust, Existenzängste, verpasste Aufstiegschancen und eine geringere Kaufkraft.

Die aktuelle Krise in den Kindertagesstätten ist kein Randthema. Sie betrifft nicht nur die Eltern, sondern uns alle. Jedes Elternteil, das zurückstecken muss, ist auch eine Fachkraft, die auf dem Arbeitsmarkt fehlt. Jedes Kind, das nicht sein volles Potenzial verwirklichen kann, verschärft den Fachkräftemangel von morgen.

Unsere Kinder haben das Recht auf eine unbeschwerte Kindheit und einen guten Einstieg in die Schule. Das Thema ist von so großer Bedeutung und so breit angelegt, dass es kommunal-, landes- und bundespolitisch angegangen werden muss. Wir wollen für Alfter unseren Teil beitragen. In den Grundschulen in RLP gibt es sogenannte Feuerwehrlehrkräfte, die als zusätzliche Lehrkraft zwar einer Schule zugeordnet sind, aber im Vertretungsfall an den Schulen eingesetzt werden, wo Lehrkräfte fehlen. Nach dem gleichen Prinzip könnten auch Vertretungen für Kindertagesstätten geregelt werden – zumindest zunächst für jene in kommunaler Trägerschaft.

Susanne Lenerz

Mobilitätsmanagement komplett vernachlässigt

Nach dem Klimaschutzgesetz hat der Sektor Verkehr von 2020 bis 2030 die Jahresemissionsmenge von 150 auf 85 Millionen CO_2-Äquivalent zu reduzieren. Jedoch verfehlt dieser Sektor die jährlichen Ziele regelmäßig, so auch in den Jahren 2022 und 2023: Rund 148 Millionen Tonnen CO_2-Äquivalente wurden in beiden Jahren ausgestoßen. Der Bereich Verkehr hat seine Emissionen im Jahr 2022 nur um 9,4 % gegenüber 1990 mindern können.

Klar ist: Die Klimaschutzziele im Sektor Verkehr können nur durch eine nachhaltige Veränderung des Nutzerverhaltens der Verkehrsteilnehmenden erreicht werden. Die gezielte Förderung von Radverkehr und ÖPNV ist also für den Klimaschutz enorm wichtig. Immer häufiger wird gerade in Städten die Erfahrung gemacht, dass verkehrslenkende Maßnahmen, die den Radverkehr fördern, auch zu einer besseren Lebensqualität vor Ort führen und damit den Menschen direkt nutzen. Ein besseres Angebot beim ÖPNV schafft auch eine gute Alternative zum Zweitwagen.

Doch gerade in den Bereichen ÖPNV und Radverkehr hat sich rückblickend auf die letzten fünf Jahre in Alfter nichts getan. Einzig die Fertigstellung der Radpendlerroute auf dem Alfterer Teilbereich stellt eine Verbesserung im Bereich Radverkehrsinfrastruktur dar, die - wie zu erwarten war - von Radfahrenden intensiv genutzt wird. Es geht also, wenn man die richtigen Schwerpunkte setzt.

Die Gemeinde Alfter hat seit 2018 ein Mobilitätskonzept, das mit viel Aufwand unter Beteiligung eines Planungsbüros und erheblicher finanzieller Unterstützung des Verkehrsverbundes erstellt wurde. Es schlummert meist unangetastet in der Schublade. Der Bürgermeister hat es versäumt, die Verwaltung so aufzustellen, dass man aktiv und gezielt Verbesserungsmaßnahmen für Radfahrende und ÖPNV-Nutzende bewirken kann. Die zuständige Stelle ist im Büro des Bürgermeisters angesiedelt. Man könnte denken: Wow, da kümmert sich der Bürgermeister persönlich drum. Allerdings fällt beim Blick in den Verwaltungsgliederungsplan auf, dass die zuständigen Mitarbeitenden neben dem Mobilitätsmanagement auch für Repräsentations aufgaben, zentrale Verwaltungsangelegen heiten, Ideen- und Beschwerde management, Presse- und Öffent lichkeitsarbeit, Wirtschaftsförderung, Tourismusförderung, Digitalisierung und E-Government zuständig ist. Spätestens dann wird jedem klar, dass in Anbetracht der Aufgaben – selbst bei Unterstützung durch andere Fachbereiche wie dem Ordnungsamt – ein gezieltes Arbeiten im Bereich Mobilität auch bei hoher Motivation und bestem Zeitmanagement nicht möglich ist. Jeder neu gewählten Bürgermeisterin und jedem neu gewählten Bürgermeister muss daher klar sein, dass die Position des Mobilitätsmanagers in der Verwaltung deutlich gestärkt werden muss. Wir Grüne fragen uns natürlich, warum das nicht schon längst geschehen ist, schließlich hat nicht nur eine Mitarbeiterin an Qualifikationen zum Mobilitätsmanagement teilgenommen. Wenn der Bürgermeister es gewollt hätte, wäre ein qualifiziertes Mobilitätsmanagement mit entsprechenden Zeitressourcen aufstellbar gewesen.

So hat sich in den letzten fünf Jahren nichts getan in Sachen Mobilitätswende, während andere Kommunen deutliche Fortschritte gemacht haben. Rheinbach hat beispielsweise ein Fahrradroutenkonzept entwickelt und Fahrradstraßen eingerichtet.

Michael Schroerlücke

Radpendlerroute ohne Brücke

Keine Verbesserung in den letzten Jahren

Die Radpendlerroute ist die einzige Verbesserung für Radfahrende auf dem Gebiet der Gemeinde Alfter. Es fehlt jedoch noch die Brücke über die K12n. Sie ist unverzichtbar, wenn die Route attraktiv und sicher sein soll. Zwei Jahre nach Eröffnung der Radpendlerroute ist noch nichts geplant. Die anderen Parteien sind gegen die Brücke: Sie ist ihnen zu teuer. Der Alfterer Gemeinderat wollte sogar die Haushaltsmittel für die Planung der Brücke streichen. Die Alfterer Grünen hätten den Haushalt dann abgelehnt: Wir haben es geschafft. Die Mittel blieben drin. Das muss auch sein, denn ansonsten bleibt die Radpendlerroute ein Provisorium, zumal auch ein weiterer Bestandteil dieser Fahrradroute von der CDU jüngst in Frage gestellt wurde: Die Fahrradstraße am Bähnchen.

Die Grünen fordern seit 2020 Fahrradstraßen, damit Radfahrende die dicht befahrenen und stark beparkten innerörtlichen Hauptstraßen umfahren können. Der erste Versuch scheiterte am Straßenverkehrsamt des Kreises, weil der Radverkehr nicht die vorherrschende Verkehrsart auf den von uns vorgeschlagenen Straßen ist. Aber das ist nach neuesten Regelungen auch gar nicht mehr notwendig. Die Möglichkeit, dass sich das ändern kann, reicht. Dennoch ist keine weitere Initiative durch die Verwaltung erfolgt. Ein innerörtliches Fahrradroutenkonzept kann weitere Argumente gegenüber dem Straßenverkehrsamt liefern. Die Grünen beantragen es.

Durch die Ertüchtigung schon vorhandener Verbindungswege erhalten Radfahrende weitere sichere Routen. Die Gemeinde hat jedoch nicht einmal die einstimmig beschlossene Ertüchtigung des Weges zwischen Kirchweg und Raiffeisenstraße umgesetzt. Auf unsere Nachfragen gab es Antworten, die nicht immer nachvollziehbar waren. Die Verwaltung strich schließlich die Mittel aus dem Haushalt. Andere für Radfahrende sinnvolle Lückenschlüsse im Wegenetz der Gemeinde wurden von vornherein von Politik oder Verwaltung abgebügelt, wie eine Verbindung zwischen dem Mittelacker und Am Wormshof entlang der Bahngleise. Sie würde es Radfahrenden ermöglichen, die Kreuzung in Nettekoven, den engsten Abschnitt des Ahrweges und einen Bahnübergang zu umfahren. Das wäre ein Riesenfortschritt für den Radverkehr. Dieses sehr kurze Verbindungsstück ist nicht ganz billig, weil der Bereich in einer Senke liegt, die überbrückt werden muss. Dennoch: Die Brücke muss ausschließlich für Zufußgehende und Radfahrende gebaut werden, nicht für den KFZ-Verkehr. Es lohnt sich also, hier mal zu rechnen und sich um Fördermittel zu kümmern.

Die Grünen haben außerorts zwischen Witterschlick und Flerzheim/Lüftelberg einen Radweg entlang der L113 beantragt, damals noch vom Bürgermeister als „wichtiger Antrag“ bezeichnet. Getan hat sich trotz mehrerer Nachfragen seit Antragstellung nichts. Wenn – wie uns immer erklärt wird – der Landesbetrieb Straßenbau viel zu wenige Radwege an Landstraßen baut und unser Vorhaben auf absehbare Zeit nicht „dran“ ist, muss man sich Alternativen überlegen. Wir haben jetzt erneut nach dem Stand der Dinge gefragt und warten gespannt auf die Antwort.

Michael Schroerlücke

Am 14.09.2025

Grün wählen !

gruene-alfter.de

Busse und Bahnen

Seit zehn Jahren keine Verbesserung im Alfterer Busnetz

Die Fahrt mit dem ÖPNV durch das Rheinland ist seit einigen Jahren etwas für geduldige, frustrationsresistente Menschen mit einem Hang zum Abenteuer. Lange erforderliche Investitionen ins Schienennetz müssen jetzt nachgeholt werden. Die Verkehrsunternehmen kämpfen mit Personalproblemen. Geplante und ungeplante Ausfälle von Fahrten sorgen für Gesprächsstoff unter den Pendlerinnen und Pendlern – unter anderem über die Anschaffung eines eigenen Fahrzeugs. Der ÖPNV kann jedoch einen erheblichen Beitrag zum Klimaschutz leisten, wenn er zuverlässiger wird und die Reisezeiten durch zusätzliche Verbindungen reduziert werden.

Es gibt vom Rhein-Sieg-Kreis und den Verkehrsunternehmen gute Initiativen zur Verbesserung der Situation. Die Gemeinde Alfter jedoch hat in der gesamten letzte Wahlperiode nicht eine Initiative in Sachen ÖPNV auf den Weg gebracht, ganz im Gegenteil:

Seit fast zehn Jahren wollen die Grünen einen 20-Minuten-Takt für die sehr erfolgreiche Alfterer Kleinbuslinie 882 und deren Verlängerung in weitere Bereiche der Hanglagen. Uns ist völlig unverständlich, wie ein entsprechendes Angebot des Rhein-Sieg-Kreises von allen anderen Fraktionen im Rat abgelehnt werden konnte. Es zeigte sich wieder einmal, wo die anderen Fraktionen den Rotstift zuerst ansetzen: an klimagerechter Mobilität.

Wir haben eine weitere Haltestelle der Linie 845 im Bereich Raiffeisenstraße/B56 durchgesetzt, die leider viel zu spät gebaut wird. Unsere Forderung war, diese Haltestelle bereits vor der Bebauung des Buschkauler Feldes einzurichten, also bevor möglicherweise ein Zweitwagen gekauft wird.

Ein Rätsel bleibt die Einrichtung einer Haltestelle an den Märkten des Almaparks in Oedekoven. Die Linie 842 durchfährt das Gebiet ohne Halt. Offensichtlich kann sich die Verwaltung beim Straßenbaulastträger nicht durchsetzen. Wo bleibt die Initiative in Kooperation mit dem Kreis?

Mit der Einführung der Kleinbuslinien haben die Grünen auch Verbesserungen für den Bereich Witterschlick und Volmershoven gefordert. Dort hat sich seitdem nichts signifikant verbessert. Sonntags fährt in Volmershoven nur alle zwei Stunden ein Bus! Wir kennen keine Kommune im Umland von Bonn, wo das noch so ist und gleichzeitig von der Verwaltung keine Initiative zur Verbesserung gestartet wurde. Ab Dezember 2025 will der Rhein-Sieg-Kreis die Linie 800 sonntags stündlich und wochentags zu Spitzenzeiten halbstündlich fahren lassen. Wenigstens das haben wir erreicht.

Bei der S 23 haben unsere Vertreter bei Go.Rheinland und die Geschäftsleitung die Ausweitung des 15-Minuten-Takts über die Kernzeiten hinaus ermöglicht, ebenso mit Unterstützung des Landes die Elektrifizierung der Strecke, die aktuell im Bau ist. Einen neuen Haltepunkt für Volmershoven haben die Alfterer Grünen auf den Weg gebracht. Den Zeitpunkt, ihn zu fordern, hätten Rat und Verwaltung in Alfter glatt verschlafen.

Ein kleiner Lichtblick ist der Ausbau der Fahrradabstellanlagen zum Beispiel am Bahnhof Witterschlick. Jedoch wäre auch der nicht zustande gekommen, wenn die Verwaltung nicht von den Grünen den Hinweis auf ein Schreiben von Go.Rheinland bekommen hätte, zu diesem Zeitpunkt vorhandene Fördermittel zu beantragen.

Michael Schroerlücke

Am 14.09.2025

Grün wählen !

Mehr Sicherheit im Verkehr

Mehr als fünf Jahre nichts passiert

Die Gemeinde Alfter hat viele, zum Teil historisch bedingte, zum Teil durch Planungsmängel – hier ist in erster Linie die Hangbebauung zu nennen – produzierte Gefahrenstellen in ihrem Verkehrsnetz. Eine konsequente Entschärfung wäre erforderlich. Allerdings fehlt es nicht an Ideen, sondern an Initiative, um die Situation zu ändern.

Der Landgraben in Alfter soll schon seit 2014 zwischen Pelzstraße und Mirbachstraße vom Durchgangsverkehr entlastet werden. Die Grünen favorisierten eine unechte Einbahnstraße, bei der der Verkehr in Richtung Pelzstraße keine Einfahrt mehr hat. Stattdessen sollte eine vorfahrtberechtigte Wegeführung Steinergasse – Birrekoven – Jakob-Reuter-Straße eingerichtet werden. Passiert ist seitdem nichts.

Die Grünen fordern seit 2019 Verkehrs- und Parkraumkonzepte für Alfter-Ort und die Witterschlicker Hauptstraße, um die Aufenthaltsqualität zu verbessern. Gerade die Hauptstraße in Witterschlick hat es nötig. Das Thema scheint der Politik nicht so wichtig zu sein: Bislang wurde kein Geld im Haushalt für eine attraktivere Hauptstraße in Witterschlick zur Verfügung gestellt.

Besonders wichtig waren den Grünen Maßnahmen zur Sicherheit der Schulwege. Der Schutz der Kinder muss Vorrang vor der „Flüssigkeit des Verkehrs“ haben. Beantragt haben wir beispielweise zwei Fußgängerüberwege in Volmershoven, 30 km/h im Kurvenbereich der dortigen Hauptstraße und Gehwegverbreiterungen an der Hauptstraße in Witterschlick. Engstellen sind auch in weiteren Bereichen der Gemeinde Alfter zu finden. Wir kümmern uns darum!

Für die Kreuzung Tonnenpütz/Knipsgasse in Alfter haben wir ein Konzept für mehr Sicherheit vorgelegt, das die Zustimmung des Kreises fand. Umgesetzt hat es die Gemeinde bislang nicht.

Wir hoffen, dass unsere Initiative zur Entschärfung des Engpasses am Hertersplatz ebenfalls auf Zustimmung beim Straßenverkehrsamt stößt.

Die Verbesserung der Verkehrssicherheit ist den Grünen sehr wichtig und wir haben dazu viele Anträge gestellt. Allerdings: Umgesetzt ist noch nichts. Eine aufwändige Schulwegeplanung, die mittlerweile für alle Schulen existiert, ist zwar eine Hilfestellung zur Bewältigung des Schulweges, entschärft aber keine einzige Gefahrenstelle.

Neue gesetzliche Regelungen bieten jetzt der Gemeinde mehr Spielraum bei der Verkehrsplanung. Denn neben der Flüssigkeit und Sicherheit des Verkehrs müssen zukünftig auch die Ziele des Klima- und Umweltschutzes, der Gesundheit und der städtebaulichen Entwicklung bei Verkehrsmaßnahmen berücksichtigt werden. Die neuen Entscheidungsspielräume muss die Gemeinde nutzen, um das Mobilitätskonzept weiter umzusetzen. Dazu ist mehr Initiative erforderlich.

Michael Schroerlücke

Impressum:

HerausgeberIn:	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ortsverband Alfter Ratsfraktion Alfter www.gruene-alfter.de
Redaktion:	Benedikt Malitte Dominic Larue Michael Schroerlücke
V.i.S.d.P.:	Michael Schroerlücke Lorenweg 48 – 53347 Alfter
Redaktionsschluss:	16. Juni 2025
Satz, Druck:	DWGV Litterscheid Von-Weichs-Str. 23 – 53121 Bonn
Bilder:	© shutterstock_35163253
Auflage:	12.500 Exemplare

gruene-alfter.de

Macht Alfter zukunftsfest

Wahlprogramm 2025 der GRÜNEN Alfter

1. Präambel

Wir GRÜNEN in Alfter treten an, um unsere Gemeinde mutig, gerecht und zukunftsfest zu gestalten. In Zeiten vielfältiger Krisen wollen wir vor Ort zeigen, dass Wandel nicht Angst machen muss, sondern Lebensqualität schafft. Dass Gemeinsinn, Verantwortung und konkrete Projekte mehr zählen als Schlagworte.

Wir wissen, dass die Gemeinde Alfter vor großen finanziellen Herausforderungen steht. Um Zukunft zu gestalten, müssen wir Spielräume zurückgewinnen. Auf der Einnahmenseite werden wir durch die konsequente Anwendung des Baulandmanagements und verstärkte Gewerbeansiedlung finanzielle Spielräume eröffnen. Alfter braucht außerdem eine bessere Haushaltsplanung und professionelle Projektsteuerung, um notwendige Projekte so wirtschaftlich wie möglich zu realisieren. Durch die Beteiligung der Bürger*innen schaffen wir Transparenz, was die aktuelle Umsetzbarkeit politischer Ziele angeht, und lassen Rückmeldungen in die Ratsarbeit einfließen.

Seit 1989 nehmen wir im Gemeinderat eine aktive, konstruktive und gestalterische Rolle ein und prägen damit die Kommunalpolitik in Alfter. Wir vertreten die Interessen unserer Wählerinnen und Wähler engagiert. Wir stellen uns gegen Populismus und Rechtsradikalismus, kämpfen mit Expertise und Einsatz für die nachhaltige Entwicklung der Gemeinde und stehen ein für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

Mit diesem Programm führen wir die Ideen aus unseren thematischen Arbeitsgruppen zusammen. Es ist Ergebnis vieler Gespräche, Erfahrungen und des Engagements zahlreicher Menschen. Es zeigt, was wir im Rat und gemeinsam mit der Bürgerschaft anstoßen und weiterentwickeln wollen – für ein lebenswertes Alfter von morgen.

2. Macht Bildung stark

Ein zentrales Anliegen Grüner Politik in Bund, Ländern und auch Kommunen sind beste Bildungschancen für alle. Von der Kita bis zur Hochschule, vom Ganztag bis zum lebenslangen Lernen – Bildung muss gerecht, inklusiv und zukunftsgerichtet sein.

Wir setzen uns in Alfter für ausreichend Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren und von drei bis sechs Jahren ein. Wir unterstützen Träger jeder Art, ob öffentlich, konfessionell oder als Elterninitiative. An den KiTas, deren Träger die Gemeinde ist, sollte ein Springerpool für Erzieherinnen und Erzieher Ausfälle abfedern und Qualität sichern.

Unsere Grundschulen brauchen weiterhin Unterstützung durch Sozialpädagogen und eine gute digitale Ausstattung für Medienkompetenz durch Tablets statt Handynutzung. Außerdem muss wieder überall Schwimmunterricht ermöglicht werden.

Die Offene Ganztagsschule (OGS) muss so ausgebaut werden, dass der Rechtsanspruch ab 2026 erfüllt wird. Das sollte nach unserer Meinung eine bezahlbare Ferienbetreuung einschließen. Außerschulische Lernorte wie Musikschule, Bibliothek oder Sportverein verstehen wir als Teil des Ganztagskonzepts.

Wir stehen für echte Wahlfreiheit und eine inklusive Bildungslandschaft. Neben den Förderschulen des Rhein-Sieg-Kreises

sind auch die Grundschulen und das Gymnasium der Gemeinde ein wichtiger Baustein für beste Bildung für alle.

Das neue Gymnasium Alfter begleiten wir engagiert. Wir waren maßgeblich daran beteiligt, dass die Kostenplanung von 80 Millionen für den Erweiterungsbau hinterfragt wurde. Dieser Bau muss jetzt schnell, kostenschonend und pädagogisch sinnvoll umgesetzt werden.

Die Alanus Hochschule ist ein Juwel unserer Bildungslandschaft. Wir wollen ihre Kompetenzen stärker nutzen: durch Kooperationen, studentische Gründungsförderung und praktische Projekte.

Lebenslanges Lernen gehört für uns zur Daseinsvorsorge. VHS, Werkhaus, Büchereien – sie alle sollen erhalten, ausgebaut und mit neuen Zielgruppen vernetzt werden.

3. Macht das Zusammenleben gerecht

Alfter ist stark durch seine Vielfalt und das Miteinander der Generationen. Wir wollen die sozialen Netze stärken, neue Wohnformen fördern und Teilhabe für alle ermöglichen.

Wir fördern Mehrgenerationen-Wohnen und „Wohnen für Hilfe" – ein Miteinander, bei dem Jung und Alt voneinander profitieren. Damit solche Projekte gelingen, braucht es bezahlbaren Wohnraum und eine kommunale Koordination.

Im Alltag setzen wir auf aufsuchende Hilfe: Ehrenamtliche „Kümmerer" sollen ältere Menschen aktiv begleiten. Eine zentrale Anlaufstelle für Hilfsangebote kann hier vermitteln.

Begegnungsräume sind elementar für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir setzen uns für barrierefreie Spielplätze und Treffpunkte ein – für alle Generationen.

Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Mitsprache. Der Jugendbeirat soll gestärkt und konsequent in politische Prozesse eingebunden werden.

Vereine und Initiativen sind das Herz unserer Gemeinschaft. Wir wollen sie weiter entlasten, fördern und unterstützen.

Kultur und Sport gehören zur Lebensqualität. Wir fördern Orte, an denen beides Platz hat und fordern zusätzlich öffentlich zugängliche und geeignete Flächen, z.B. zum Basketball spielen.

Soziale Sicherheit braucht auch Strukturen: Wir setzen uns für bezahlbaren Wohnraum ein, für den Erhalt und Ausbau des sozialen Wohnungsbaus und für vielfältige Wohnprojekte.

Pflege und Beratung im Alter brauchen neue Konzepte. Wir fördern ambulante, stationäre und alternative Modelle wie Wohngemeinschaften, betreute Quartiere und Nachbarschaftshilfen.

4. Macht Klima- und Umweltschutz konkret

Die Klimakrise ist real – und sie wirkt auch in Alfter. Wir handeln lokal, um global Verantwortung zu übernehmen.

Wir setzen uns ein für die konsequente Umsetzung der Konzepte für Klimaneutralität und Klimafolgenanpassung. Sie sollen regelmäßig fortgeschrieben, verbessert und umgesetzt werden.

Flächenversiegelung muss gestoppt werden. Bestehende Flächen wollen wir renaturieren, neue Flächen nur im absoluten Bedarfsfall bebauen – und dann mit vollständigem ökologischen Ausgleich direkt vor Ort.

Alte Bäume gehören geschützt, neue gepflanzt – auch zur Kühlung in unseren Ortszentren. Wir fordern mehr Schattenplätze und Trinkwasserstellen, um der zunehmenden Hitze zu begegnen. Frischluftschneisen müssen erhalten werden.

Streuobstwiesen sind Kulturgut. Seit 2019 bewirtschaften wir Grünen in Alfter selbst eine Wiese – als Zeichen, dass wir tun, was wir fordern. Wir wollen weitere Flächen pachten, sichern und gemeinsam pflegen.

Die Gemeinde muss alle öffentlichen Grünflächen ökologisch bewirtschaften. Wir fordern, den Betriebshof personell und fachlich so zu stärken, dass eine professionelle Pflege von Biotopstreifen, Grünachsen und Wegesäumen möglich ist.

Die Bauleitplanung soll noch stärker nach ökologisch-sozialen Kriterien erfolgen. Klimafreundliche Baustoffe, wie z.B. Holz, erneuerbare Energiequellen, keine unnötige Bodenversi egelung – so bauen wir für morgen.

Wälder müssen klimaangepasst aufgeforstet werden. Die zerstörten Fichtenbestände bieten die Chance, biodiversere und resiliente Mischwälder zu schaffen – zur Senkung der CO^2-Werte und zur Verbesserung des Lebensraums.

Klimaschutz braucht Transparenz: Wir fordern regelmäßige CO_2-Bilanzen, Infoangebote und Dialogformate mit Bürgerinnen und Bürgern.

5. Macht Sicherheit zum Gemeinschaftsprojekt

Sicherheit heißt: Zusammenhalt, Vorsorge und gutes Leben für alle.

Klimaanpassung ist ein Sicherheitsthema. Hitzeschutz beginnt mit Bäumen, Schattenplätzen, Trinkwasserstellen, Frischluftschneisen und Schutzräumen.

Starkregenschutz braucht Tempo. Rückhaltebecken, Hydraulik-Pläne, Beratung für Hausbesitzer*innen – wir wollen investieren, bevor es zu spät ist.

Die Feuerwehr braucht Anerkennung und Ausstattung. Wir setzen uns ein für moderne Gerätehäuser, aktuelle Fahrzeuge und verlässliche Unterstützung. Neue Aufgaben durch Klimawandel erfordern neue Mittel.

Verkehrssicherheit beginnt im Alltag: Sichere Schulwege, Tempo 30 und übersichtliche Kreuzungen – so schützen wir alle, die zu Fuß oder mit dem Rad unterwegs sind.

Soziale Räume sichern: Die Orte in unserer Gemeinde sollen immer auch Orte der Begegnung sein. In ihnen wird gelebt und kommuniziert. Es braucht Konzepte zur Revitalisierung von Ortskernen und Nahversorgung.

Zentrale Unterbringung mit Dialog: Bei der Zentralen Unterbringungseinrichtung (ZUE) für Geflüchtete setzen wir auf Kooperation der Gemeinde mit Betreiber und der zuständigen Bezirksregierung – und fördern ehrenamtliches Engagement und transparente Kommunikation.

Licht mit System: Die Umstellung auf einheitliche LED-Straßenbeleuchtung mit Bewegungssensoren spart Energie, schützt Insekten – und gibt Sicherheit.

6. Macht Mobilität besser

Wir wollen eine gerechte, sichere und klimaschonende Mobilität für alle. Dafür braucht es Mut zur Veränderung – und politischen Willen.

Der Rat hat schon 2018 ein Mobilitätskonzept beschlossen, aber es wurde bisher in weiten Teilen nicht umgesetzt. Wir fordern mehr Tempo bei der Umsetzung! Dazu braucht es ein deutlich gestärktes Mobilitätsmanagement in der Verwaltung.

Mehr Raum fürs Rad: Wir setzen uns für sichere Fahrradrouten und weitere Radwege außerorts und innerorts ein. Wir wollen beispielsweise, dass die Ertüchtigung des Verbindungsweges zwischen Kirchweg und Raiffeisenstraße umgehend erfolgt. Die Brücke über die K12n verbessert Sicherheit und Komfort auf der Radpendlerroute Bornheim–Alfter-Bonn und muss gebaut werden. Das Projekt eines Radwegs entlang der L113 zwischen Volmershoven und Flerzheim muss viel konsequenter verfolgt werden. Wir wollen Fahrradabstellanlagen an zentralen Orten wie Märkten und Schulen und an weiteren ÖPNV-Haltestellen.

Am 14.09.2025

Grün wählen!

gruene-alfter.de

Pättchen besser nutzen: Die historischen Wege sind eine Besonderheit Alfters – wir wollen sie pflegen, sichern und ausschildern.

Schulwege sicher machen: Mit Tempo 30, mehr Zebrastreifen und der Verbreiterung zu schmaler Gehwege wollen wir Kindern ihren Schulweg zurückgeben. Der Schutz der Schwächsten im Verkehr muss Vorrang vor der Flüssigkeit des Autoverkehrs haben.

Mehr Bus und Bahn: Wir setzen uns ein für eine weitere Taktverdichtung der S23, einen neuen Haltepunkt in Volmershoven und bessere Busverbindungen. Die beliebte Hangbuslinie 882 soll alle 20 Minuten fahren und die Hanglagen deutlich besser erschließen. Die 884 muss auch am Wochenende stündlich als Kleinbus und nicht als Taxi-Bus mit Bestellzwang fahren. Die 800 muss an Werktagen alle 30 Minuten fahren, an Sonntagen mindestens alle 60 Minuten. Die Linie 845 muss eine Haltestelle an der Raiffeisenstraße bekommen, um das Buschkauler Feld zu erschließen.

Mitfahrbänke fördern Begegnung – und sind eine kostengünstige Ergänzung für die Ortsteilverbindungen.

Neue Mobilitätsformen unterstützen: Das Angebot an öffentlichen Ladesäulen muss deutlich erweitert und die Suche nach Carsharing-Firmen intensiviert werden.

Mehr Aufenthaltsqualität in den Ortskernen: Wir wollen Verkehrs- und Parkraumkonzepte für Alfter-Ort und Witterschlick – mit mehr Platz für breitere Bürgersteige und mehr Pflanzflächen.

7. Macht Wirtschaft zukunftsfähig

Für uns Grüne gehören erfolgreiches Wirtschaften und der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen zusammen und bedingen sich vielfach. Wir stehen für einen fairen Interessenausgleich zwischen Wirtschaft und Natur. Dabei wollen wir insbesondere lokalen Unternehmen helfen, vor Ort Wachstumspotenziale zu generieren. Wenn Firmen neu angesiedelt werden, so muss auch dies im Sinne einer nachhaltigen Gemeindeentwicklung erfolgen. Wir setzen uns dafür ein, Alfter als attraktiven Standort für innovative Unternehmen weiterzuentwickeln, die von der zentralen Lage im Rheinland, der Nähe zu Köln und Bonn und dem Potential Alfters als Hochschul- und Bildungsstandort profitieren.

Wirtschaft und Nachhaltigkeit gehören zusammen. Wir setzen uns ein für eine lokale Wirtschaftsförderung, die ökologisch denkt, Arbeitsplätze schafft und Innovation ermöglicht.

Wir brauchen das Gewerbegebiet Alfter Nord für Arbeitsplätze und Steuereinnahmen. Wir haben in der letzten Ratsperiode erreicht, dass das Gebiet nach hohen ökologischen Standards geplant und entwickelt wird. Wir wollen nachhaltiges Wachstum, kein Verramschen wertvoller Flächen.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Alfter (WFA) ihre Vermarktung konsequent weiterentwickelt und professionalisiert. Alfter soll als innovativer Standort mit Hochschulbezug, kreativen Köpfen und kurzen Wegen wahrgenommen werden – auch über die Gemeindegrenzen hinaus.

Starke Ortskerne brauchen lebendige Nahversorgung. Deshalb setzen wir uns für die Stärkung des Einzelhandels ein, auch durch neue Konzepte wie Hofläden, Regionalläden und gemeinschaftliche Vermarktung. Leerstände wollen wir aktiv für lokale Produktion, Kultur oder soziale Projekte nutzbar machen.

Die Umgestaltung des Herrenwingert: Hier soll ein Ort entstehen, der Einkaufen, Begegnung, Wohnen und Mobilität zusammenbringt. Ein neues Zentrum mit lebendigem Platz und Raum für Austausch. Unser Ziel ist es, dies in einem wirtschaftlich tragfähigen Konzept für Gemeinde und Investoren zu gestalten.

Neue Arbeitsformen fördern Alfter als Wohn- und Arbeitsort. Wir wollen Co-Working-Angebote in leerstehenden Gebäuden ermöglichen. Gerade für Selbstständige, Gründer*innen und Menschen im Homeoffice schaffen wir so neue Räume für Begegnung und Austausch.

Regionale Landwirtschaft verdient Rückhalt. Wir wollen kurze Wege zwischen Acker und Teller – durch regionale Vermarktung, Erhalt landwirtschaftlicher Flächen und ökologische Produktion.

8. Finanzen, Steuern, Gemeindehaushalt

Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit in Finanzfragen bedeuten für uns: Jetzt in Infrastruktur zu investieren und nicht nachfolgenden Generationen vermeidbare Belastungen zu hinterlassen. Wir halten unsere Forderungen im Bereich Klimaschutz und Verkehrswende aufrecht.

Wir brauchen mutige und kluge Investitionen, die nachhaltig einen Mehrwert schaffen – kein Kaputtsparen und Anhäufen von Infrastrukturschulden bei Gebäuden und Straßen.

Der Haushaltsausgleich muss vor allem durch verbesserte Einnahmen, zum Beispiel langfristige Gewerbeansiedlungen und Chancen der Energiewende und effizientere Prozesse, gelingen; nicht allein durch Steuererhöhungen.

Wir werden uns dafür einsetzen, die Grundsteuer so niedrig wie möglich zu halten. Einer Erhöhung der Hebesätze bei der Grundsteuer bis auf 1.700 %-Punkten, wie von der Verwaltung vorgeschlagen, werden wir nicht zustimmen.

Alfter braucht ein professionelles Haushaltsmanagement. Wir werden die Verwaltung drängen, alle Möglichkeiten – Anwendung Verlustvortrag und Rückgriff auf Rücklagen – auszuschöpfen, damit die Bürgerinnen und Bürger in Alfter nicht über Gebühr belastet werden.

Wir fordern eine aktivere Akquise von Fördergeldern und ein besseres Fördermittelmanagement, damit mehr Gelder von Bund und Land nach Alfter fließen und bewilligte Mittel endlich optimal für wichtige Investitionen hier vor Ort genutzt werden.

9. Macht Politik mit Alfter

Demokratie beginnt mit Zuhören. Wir machen Politik nahbar, nachvollziehbar und mit offenem Ohr für neue Ideen.

Beteiligung muss einfach, sichtbar und wirksam sein. Wir wollen regelmäßige hybride Bürgermeistersprechstunden in allen Ortsteilen, projektbezogene Beteiligung für Kinder und Jugendliche, und einen „Beteiligungs-Fahrplan", der transparent macht: Was wurde eingebracht, was wurde umgesetzt?

Digitale Wege öffnen neue Räume. Wir fordern die Einführung eines offiziellen WhatsApp-Kanals der Gemeinde für aktuelle Bürgerinformationen und Notfallmeldungen.

Auf der Plattform www.alfter-macht-mit.de sollen Beteiligungsverfahren erklärt, Ergebnisse veröffentlicht und neue Mitmachangebote präsentiert werden – barrierefrei und mehrsprachig.

Ehrenamt verdient Anerkennung. Wir wollen eine zentrale Ansprechperson direkt in der Verwaltung für z.B. allgemeine Informationen und Hilfestellungen sowie vereinfachten Zugang zu Räumen für Vereine und Initiativen.

Mitmachformate machen Demokratie lebendig. Das Erfolgsmodell „Alfter bewegt", Repair-Cafés, Mitmachmärkte, Kunst und Kultur – all das unterstützen wir gemeinsam mit der aktiven Zivilgesellschaft vor Ort.

10. Unsere Einladung

Wir machen Politik, die zuhört, erklärt und einlädt. Unser Anspruch ist es, Probleme zu verstehen und gemeinsam Lösungen zu entwickeln.

Macht mit. Für ein lebenswertes Alfter von morgen.

Macht Alfter zukunftsfest.

gruene-alfter.de

Am 14.09.2025

Grün wählen !

Wahlkreis 010

Benedikt Malitte

Wahlkreis 020

Eckhard Klieme

Wahlkreis 030

Doris Bergmann

Wahlkreis 040

Jeanette Schroerlücke

Wahlkreis 050

Dennis Büsgen

Wahlkreis 060

Imke Voß

Wahlkreis 070

Christoph Mirbach

Wahlkreis 080

Tobias Lorscheid

Wahlkreis 090

Martin Steinbach

Wahlkreis 100

Benno Thoma

Wahlkreis 110

Wilhelm Windhuis

Wahlkreis 120

M. Wallraff-Kaiser

Wahlkreis 130

Dominic Larue

Wahlkreis 140

Susanne Lenerz

Wahlkreis 150

Michael Schroerlücke

Wahlkreis 160

Stefan Möller

Am 14.09.2025

Grün wählen!

gruene-alfter.de

Bildung für Alfter

Unser Gymnasium: eine gute Schule für die Mehrheit der Alfterer Kinder

Seit 2023 arbeitet nun in den renovierten Räumen der ehemaligen Hauptschule das neue Gymnasium Alfter. Der Andrang ist so groß, dass pro Jahrgang vier Klassen gebildet wurden anstatt der drei, die zur Gründung erforderlich waren. Die Schule zeichnet sich durch interessante Angebote in Naturwissenschaften, Technik und im musischen Bereich aus. Sie hat sogar ein Förderkonzept entwickelt, um zum Beispiel Kinder mit nicht-deutscher Muttersprache zu unterstützen, und ist offen für Schülerinnen und Schüler mit körperlichen Beeinträchtigungen, die Abitur machen wollen. Also keine Schule für eine elitäre Minderheit, wie Einige bei der Gründung argwöhnten, sondern eine lebendige, vielfältige Schule für die Mehrheit der Alfterer Kinder.

Es lohnt sich, diese Schule räumlich und pädagogisch weiterzuentwickeln. Der Erweiterungsbau muss nun zügig kommen. Eine Kooperation mit der Alanus Hochschule könnte das Gymnasium bereichern. Das pädagogische Angebot am Nachmittag soll Chancen für individuelle Förderung und Persönlichkeitsentwicklung bieten. Leider hat der aktuelle Betreiber des Nachmittagsangebots zum Ende des Schuljahres 2024/25 gekündigt. Hier muss die Verwaltung schnell eine attraktive Anschlusslösung finden; die Grüne Fraktion im Gemeinderat ist dazu bereits aktiv geworden.

Der Aufbau des Gymnasiums war und ist notwendig

Früher konnten Alfterer Kinder nach der Grundschule die Hauptschule Am Rathaus besuchen, die jedoch schon zur Jahrtausendwende – wie die meisten Hauptschulen in unserem Land – kaum noch Anmeldungen verzeichnete und 2016 endgültig die Pforten schloss. Danach übernahmen die Nachbargemeinden, vor allem Bonn und Bornheim, jedes Jahr etwa acht ganze Klassen aus Alfter in ihre weiterführenden Schulen.

Die Mehrheit der Alfterer Schülerinnen und Schüler wechselt seit Jahren an ein Gymnasium. Seit die damalige CDU/FDP-Landesregierung 2018 eine Rückkehr vom achtjährigen Gymnasium (G8) zum neunjährigen (G9) eingeführt hat, muss etwa die Stadt Bonn für den zusätzlichen Jahrgang die räumlichen Kapazitäten erheblich ausbauen. Der zusätzliche Raumbedarf entspricht dem zweier neuer Gymnasien. In dieser Situation konnte Bonn die Alfterer Schülerinnen und Schüler nicht mehr aufnehmen. Alfter musste wieder eine eigene weiterführende Schule gründen, nachdem es sich dieser gesetzlichen Pflicht jahrelang entzogen hatte.

Wir Grünen hätten lieber schon vor vielen Jahren eine Gesamtschule gegründet, damit alle Kinder und Jugendlichen aus Alfter ein Bildungsangebot vor Ort haben. Jedoch ist das Vorhaben mehrfach knapp an nicht ausreichenden Anmeldezahlen gescheitert. Zur Gründung eines Gymnasiums anstelle einer Gesamtschule kam es, nachdem eine Befragung 2022 ergeben hat, dass inzwischen 62 % der Alfterer Eltern für ihr Kind ein Gymnasium wünschen – und an dieses Votum musste sich die Gemeinde als Schulträger halten.

Überzogene Baukostenschätzung:
Kosten können und müssen begrenzt werden

Der Erweiterungsbau des Gymnasiums Alfter ist wohl die teuerste Investition, die sich die Gemeinde je geleistet hat. Deshalb spielt die Schule in der Kommunalpolitik eine sehr große Rolle, sicherlich auch im beginnenden Wahlkampf. Wir Grünen haben die Gründung der Schule und den Erweiterungsbau unterstützt, weil die Gemeinde dazu nach dem Gesetz verpflichtet ist und weil Bildung die sinnvollste aller Zukunftsinvestitionen ist.

Die Baukosten wurden im Dezember 2022 in einer „Machbarkeitsstudie“ auf etwa 80 Millionen Euro geschätzt. Seitdem erhitzt diese Zahl hartnäckig viele Gemüter, obwohl mittlerweile immer klarer wird, dass diese Schätzung auf vielen Irrtümern beruhte: Ein völlig überzogener Raumplan, der zum Beispiel viele Differenzierungs- und Fachräume vorsah, wie sie in einem Gymnasium gar nicht gebraucht werden. Eine teure Aufteilung auf mehrere Gebäude. Die unsinnige Annahme, man müsse das bereits rundum erneuerte Gebäude der ehemaligen Hauptschule nochmal von Grund auf umbauen. Und zuletzt (im Herbst 2023) eine unrealistisch hohe Abschätzung zukünftiger Preisentwicklungen durch eine Beratungsfirma, wie diese nach einem Einspruch der Grünen zugab. Die Grünen haben die Kostenschätzung von Anfang an scharf kritisiert und für eine finanziell tragbare Lösung gekämpft.

Inzwischen spricht vieles dafür, dass der Bau deutlich günstiger ausfallen kann. Der Gemeinderat hat – nicht zuletzt nach präzisen Vorschlägen der Grünen – den Raumbedarf verringert und einen Architekturwettbewerb beschlossen, bei dem die Kosten das wichtigste Kriterium waren. Wir haben immer wieder darauf gedrängt, dass die Bürgerinnen und Bürger rechtzeitig vor der Kommunalwahl erfahren, was der Bau nun wirklich kostet. Der Bürgermeister muss jetzt eine präzise Kostenberechnung liefern und die Haushaltsplanung endlich korrigieren.

Bildungspolitik vor Ort: Gute Chancen für alle

Gründung und Ausbau des Gymnasiums sind ein wichtiger Teil Grüner Bildungspolitik vor Ort. Weitere Akzente setzen wir in der digitalen Ausstattung aller Schulen mit dem Ziel, Medienkompetenz und Kreativität zu fördern durch selbstständiges Arbeiten mit Tablets statt privater Handynutzung. Aber auch die Schulsozialarbeit ist wichtig, damit Kinder und ihre Familien gestärkt und Konflikte gelöst werden.

Um ganztägige Bildung kümmern wir uns nicht nur am Gymnasium, sondern auch an den Grundschulen, wo ab 2026 schrittweise der Rechtsanspruch auf Teilnahme an der Ganztagsbetreuung eingeführt wird. In Alfter ist die Offene Ganztagsschule (OGS) kürzlich in die Krise geraten, weil der Betreiber in Konkurs ging. Es ist der Gemeindeverwaltung gelungen, die OGS mit einem neuen Betreiber fortzusetzen, aber „nebenbei“ wurde die Ferienbetreuung aus dem Angebot herausgenommen. Wir haben im Gemeinderat offengelegt, dass diese Trennung nicht mit dem Rechtsanspruch vereinbar ist und für Eltern eine Kostensteigerung von mindestens 14 %, bei niedrigem Einkommen sogar 44 % mit sich bringt. Wir fordern auch für die Ferienbetreuung eine sozial verträgliche Lösung.

Um bestmögliche Förderung und Chancengleichheit ging es auch bei mehreren Anfragen und Anträgen zur Situation der Kitas (siehe Beitrag dazu). Grüne Politik zielt auf Qualität, Inklusion und Gerechtigkeit bei Bildungsangeboten über die gesamte Lebensspanne.

Eckhard Klieme

2. Alfterer Pflanzentauschbörse

Nach dem Erfolg des letzten Jahres haben wir auch in diesem Jahr wieder eine Pflanzentauschbörse organisiert. Viele Hobbygärtnerinnen und Hobbygärtner, die ihre Pflanzen selbst aussähen, haben meist mehr Pflanzen im Anzuchtbehältnis, als sie später im Garten auspflanzen können. Was liegt da näher als miteinander zu tauschen. Und so kam es dann am 26. April 2025 zur zweiten Grünen Pflanzentauschbörse in Alfter. Auf dem Garagenstellplatz standen Tische mit all den Pflanzen, die ich ausgesät hatte, oder Ablegern von Pflanzen, die sich im Garten vermehrt hatten. Zahlreiche Gäste brachten weitere Pflanzen, die sie entbehren konnten, und tauschten sie gegen andere Pflanzen. So fanden Tomaten, Bärlauch, Zitronengras, Aloe Vera, Erdbeeren und sogar Kakteen ein neues zu Hause. Am Ende der Tauschbörse hatten tatsächlich alle Pflanzen ein neues Zuhause gefunden!

Sicherlich kann man in vielen Gärtnereien und Discountern sehr preiswerte Pflänzchen kaufen. Aber ich glaube kaum, dass sie so gut aussehen, wie diese liebevoll selbst gezüchteten Exemplare. Und die Gespräche unter Hobbygärtnerinnen und Hobbygärtnern sind bei unseren Tauschbörsen informativ und herzerfrischend. Hinweise zu Standort und Pflege gibt es im Supermarkt so sicher nicht. Neben dem erfrischenden menschlichen Miteinander konnten außerdem Verpackung und Blumentöpfe aus Plastik eingespart werden.

Wir waren überrascht und erfreut, wie viele Menschen wieder vorbeikamen. Sogar aus Bonn kam jemand mit dem Rad vorbei…

Sabina Glasmacher

Haushalt: Wofür muss die Gemeinde Alfter Geld ausgeben?

Die Gemeinde Alfter steht vor erheblichen finanziellen Herausforderungen. Die Einnahmen decken nicht die Ausgaben, was zu einem strukturellen Defizit führt. Dabei befindet sich die Gemeinde allerdings in „guter Gesellschaft". 2024 konnten nur noch 16 von 427 Kommunen in NRW ihren Haushalt ausgleichen. Zudem wiesen 17 Kommunen ein negatives Eigenkapital auf und gelten damit als überschuldet.

Die Steuereinnahmen können mit den stark steigenden Kosten und der Übernahme von Aufgaben aus Bund und Land nicht annähernd Schritt halten. Grundsätzlich fehlen Mittel für die Zuweisung von Aufgaben aus Bund und Land (Stichwort Konnexität).

Die Kommunen in NRW können nicht alle ihnen zufallenden Aufgaben selbst erledigen. Deshalb übernehmen der Rhein-Sieg-Kreis (RSK) und der Landschaftsverband Rheinland (LVR) Aufgaben für uns. Die anfallenden Kosten werden über sogenannte Transferleistungen mit dem RSK und dem LVR verrechnet. Allein diese Transferaufwendungen machen im Haushalt 2025 rund 48 % der Ausgaben der Gemeinde aus. Zusätzlich schlagen rund 24 % Personalkosten zu Buche. Somit sind von den Erträgen der Gemeinde in Höhe von rund 54 Mio. Euro bereits rund 42,2 Mio. Euro an Transferleistungen und Personalkosten verbucht. Die restlichen Erträge dienen der Gemeinde zur Herstellung und Unterhaltung der Infrastruktur.

Welche Investitionen müssen mit diesen restlichen Erträgen finanziert werden?

Feuerwehrgerätehäuser

Für den Neubau von zunächst zwei Feuerwehrgerätehäusern sind Auszahlungen von etwa 12 Mio. Euro erforderlich. Die in die Jahre gekommenen Feuerwehrgerätehäuser in Alfter-Ort und Witterschlick müssen dringend ersetzt werden.

Gymnasium Alfter

Die Frage, ob die Gemeinde sich eine weiterführende Schule leisten muss, beantworten die wir Alfterer Grünen mit einem eindeutigen „Ja", auch weil es eine Pflichtaufgabe darstellt. Rund 240 Schülerinnen und Schüler verlassen jedes Jahr unsere Grundschulen und wechseln jedes Jahr auf eine weiterführende Schule. Wir bürdeten damit den benachbarten Kommunen auf, zwei komplette vier-zügige Schulen für Alfter vorzuhalten, ohne dafür einen finanziellen Ausgleich zu zahlen.

Für den Ergänzungsbau des gegründeten Gymnasiums liegen die Kostenschätzungen insgesamt zurzeit bei rund 80 Mio. Euro. Wir gehen davon aus, dass dies allerdings noch nach unten korrigiert wird. Der durchgeführte Architektenwettbewerb macht uns hier hoffnungsfroh.

OGS Anna-Grundschule im Alfterer Schloss

Der Bund hat ein Gesetz verabschiedet, welches die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärken soll. Somit besteht ab dem Schuljahr 2026/2027 ein Rechtsanspruch auf einen OGS-Platz. Die vorhandenen Räumlichkeiten in der Lukasgasse in Alfter-Ort hätten aber nicht ausgereicht, um den erwarteten Bedarf zu decken. Hier hätten wir für einen Neubau Investitionen in Höhe von rund 4,0 Mio. Euro einplanen müssen. Durch die Anmietung des Schlosses konnte die OGS der Anna-Grundschule dort untergebracht und ein Neubau vermieden werden.

Unterbringung der Zuflucht Suchenden im Alfterer Schloss

Nach dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine mussten die Zuflucht Suchenden von dort – in erster Linie Frauen und Kinder – untergebracht werden. Bisher wohnen bei uns Zuflucht Suchende in gemeindeeigenen und gemieteten Unterkünften. Doch der aktuell zur Verfügung stehende Raum reichte nicht mehr aus. Zurzeit sind im Alfterer Schloss rund 70 Zuflucht Suchende untergebracht. Somit konnte verhindert werden, dass vorübergehend Turnhallen belegt worden wären. Die mittelfristige Alternative wäre gewesen, ein neues Wohnheim zu bauen. Dies hätte die Gemeinde rund 4 Mio. Euro gekostet.

Wie kann es bezahlt werden?

Die von Seiten der Gemeindeverwaltung ins Spiel gebrachte Erhöhung der Hebesätze auf die Grundsteuer von 1.230 %-Punkte ab 2026, 1.450 %-Punkte ab 2027 und 1.700 %-Punkte würden den Bürgerinnen und Bürgern zu viel abverlangen. Wir sind überzeugt, dass es Alternativen zu den vom Kämmerer vorgeschlagenen Hebesätzen gibt. Anstatt mit der Brechstange den kurzfristigen Ausgleich des Haushalts zu erzwingen, sollte zum Beispiel auf den von der Landesregierung eingeführten Verlustvortrag und auf eine Verringerung der Rücklagen zurückgegriffen werden. Alle Maßnahmen müssen aber sorgfältig geprüft und diskutiert werden. Wir haben schon zahleiche Vorschläge gemacht, wie Kosten eingespart und Einnahmen verbessert werden können. Wir versichern Ihnen, dass wir uns intensiv dafür einsetzen, die Anhebung der Grundsteuer in möglichst geringen Grenzen zu halten.

Wir stehen aber auch dafür ein, dass Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit nicht nur Sparen bedeutet. Es stellt sich daher die Frage, ob wir den zukünftigen Generationen gerecht werden, wenn wir beispielsweise unsere Infrastruktur verfallen lassen, um zu sparen. Falls wir notwendige Investitionen jetzt nicht tätigen, bürden wir den nachfolgenden Generationen später enorme Belastungen auf. Wir sind daher der Ansicht, dass es gerecht ist, heute klug und wirtschaftlich in die Infrastruktur der Gemeinde zu investieren.

Zu einer ehrlichen Einschätzung der Lage gehört aber auch, dass sich leider eine Anhebung der Grundsteuer nicht gänzlich verhindern lassen wird. Neben der Erweiterung des Gymnasiums und dem Neubau von Feuerwehrgerätehäusern stehen enorme Investitionen in den wichtigen Bereichen Klimaschutz, Klimafolgenanpassung und Hochwasserschutz an.

Wir halten aber auch unsere Forderungen im Bereich Klimaschutz und Verkehrswende aufrecht. Auch diese Politikfelder gehören zur Verantwortlichkeit gegenüber den nachfolgenden Generationen. Deshalb sehen wir keinen Spielraum für Abstriche beim Ausbau des Nahverkehrs oder bei Maßnahmen zur Verbesserung des Radverkehrs.

Insgesamt ist die Situation um die kommunalen Haushalte sehr komplex. Wir sind deshalb auch sehr interessiert Vorschläge von Ihnen zu bekommen und aufzugreifen. Wenden Sie sich gerne an uns.

Wilhelm Windhuis

Zahlen und Fakten zum Schloss

Für den Bau eines Gebäudes für die OGS sowie für ein weiteres Flüchtlingsheim müsste die Gemeinde Kredite in Höhe von 8,0 Mio. Euro aufnehmen. Für das OGS-Gebäude würden für ein Darlehen (4,0 Mio. Euro) zu 4 % Zinsen und 2 % Tilgung und auf 29 Jahre gerechnet rund 20.000 Euro pro Monat anfallen.

Für das Flüchtlingsheim würde ein Darlehen (4,0 Mio. Euro) zu 0 % Zinsen (wegen Sonderdarlehen NRW-Bank) und 2% Tilgung anfallen. Auf 17 Jahre gerechnet betragen die Aufwendungen somit rund 18.000 Euro pro Monat.

Beide Maßnahmen würden mit 38.000 Euro pro Monat zu Buche schlagen. Die monatliche Miete für das Schloss beträgt 10.000 Euro. Hinzu kommen noch 1,5 Mio. Euro mit einer monatlichen Zinsrate in Höhe von 4.875 Euro für die Ertüchtigung des Schlosses. Den Kosten für den Neubau von 38.000 Euro pro Monat stehen Kosten für die Miete des Schlosses von 14.875 Euro pro Monat gegenüber. Die Miete für das Schloss beträgt im Jahr 120.000 Euro. Eine Anhebung der Grundsteuer um 10 Punkte brächte einen Erlös in Höhe von 100.000 Euro. Vor dem Hintergrund des dargelegten Zahlenmaterials war für uns die Anmietung des Schlosses die kostengünstigste Alternative und keineswegs ein Prestigeobjekt der Gemeinde.

Buschkauler Feld und Gewerbegebiet Alfter-Nord

Beide Baugebiete werden durch die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Alfter entwickelt. Die Finanzierung und Vermarktung erfolgt ausschließlich durch die Gesellschaft und verursacht keinerlei finanzielle Aufwendungen im gemeindlichen Haushalt.

NSG Dürrenbruch © Rhein-Sieg-Kreis

Landschaftsplan Alfter

Ein guter Kompromiss zwischen Landschaftsschutz und den Interessen der Waldbesitzer

Der Kreistag des Rhein-Sieg-Kreises hat den Landschaftsplan Alfter in einem aufwändigen Verfahren mit letztlich drei Offenlagen beschlossen. Die Gemeinde Alfter war in das Vorhaben involviert und hat im Verfahren eine Stellungnahme abgegeben. In der Sitzung des Umweltausschusses der Gemeinde Alfter vom 11.02.2025 wurde über diese Stellungnahme debattiert. Von Seiten der Fraktion „Kompetenz für Alfter" wurde beantragt, die schutzwürdigen Flächen zwischen den Alfterer Hangorten und dem jetzigen Naturschutzgebiet sinnvoll zu arrondieren und ebenfalls unter Naturschutz zu stellen.

Der Umweltausschuss ist dem Antrag nicht gefolgt. Grund dafür war, dass die Mehrheit des Ausschusses die Waldbesitzer nicht weiter einschränken wollte. Schließlich wurde gerade durch die Art der Bewirtschaftung der jeweiligen Waldbesitzer die jetzige Qualität des Waldes erst erreicht. Weitere Beschränkungen aus den naturschutzrechtlichen Vorgaben bei der Bewirtschaftung des Waldes waren nach Ansicht der Mehrheit im Ausschuss nicht erforderlich und hätten möglicherweise die Existenz der Betriebe gefährdet. Dies wäre in Anbetracht der guten und sinnvollen Bewirtschaftung der Wälder durch die Waldbesitzer kontraproduktiv gewesen.

Auf der Homepage der „Kompetenz für Alfter" ist nun Folgendes zu lesen:

„Trotz klarer Vorgaben aus dem Regionalplan (der den gesamten Villewald als Naturschutzgebiet vorsieht) und aktuellen Biotopkartierungen des LANUV werden wichtige FFH-Lebensraumtypen und Biotopverbundflächen laut LANUV „von landesweit herausragender Bedeutung" nicht als Naturschutzgebiete ausgewiesen." (Homepage der Kompetenz für Alfter, zuletzt abgerufen am 06.06.2025)

Zur Richtigstellung muss gesagt werden, dass auf Ebene der Regionalplanung lediglich das Schutzziel „Bereich für den Schutz der Natur" (BSN) und „Bereiche für den Schutz der Landschaft und die landschaftsorientierte Erholung" (BSLE) ausgewiesen wird. Weitere Ausweisung (Naturschutz- oder Landschaftsschutzgebiet usw.) erfolgen erst in den nachgelagerten Fachplanungen, wie hier im Landschaftsplan.

Der aktuell in Aufstellung befindliche Regionalplan führt dazu aus, dass neben planerischen Festlegungen auch vertragliche Regelungen mit Landnutzerinnen und Landnutzern getroffen werden können:

„Aus der regionalplanerischen Festlegung leitet sich nicht das Erfordernis ab, die BSN vollständig oder überwiegend als Naturschutzgebiet auszuweisen. Zu den geeigneten Instrumenten der Fachplanung gehören neben unterschiedlichen Möglichkeiten zu Festsetzungen im Rahmen der Landschaftsplanung (z. B. Naturschutzgebiete (NSG), Landschaftsschutzgebiete (LSG), geschützte Landschaftsbestandteile) auch vertragliche Vereinbarungen mit den Landnutzern." (Textliche Festlegungen zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Entwurf 2024, Seite 104, 2. Absatz)

Allein, dass der Plan in die dritte Offenlage gehen musste, zeigt deutlich, wie intensiv um den Landschaftsplan gerungen worden ist. Ich bin überzeugt, dass mit dem vorliegenden Landschaftsplan ein vernünftiger Kompromiss erreicht wurde, bei dem alle naturschutzfachlichen Belange ausreichend gewürdigt und abgewogen worden sind.

Wilhelm Windhuis

Copyright: Dr. Klein Privatkunden AG

Die neue Grundsteuer Hintergrund, Wissenswertes, und Grüne Initiativen

Hintergrund: Warum musste die Erhebung der Grundsteuer reformiert werden?

Laut Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2018 war das bis zum Beginn diesen Jahres angewendete System der Wertermittlung (Einheitswertermittlung) für Grundstücke mit dem Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes unvereinbar. Grund dafür war, dass sich die Einheitsbewertung von den tatsächlichen Werten der Immobilien entkoppelt hatte.

Die Systematik der Einheitswertermittlung sah ursprünglich eine regelmäßig wiederkehrende Feststellung des Einheitswertes vor, damit dieser dem aktuellen Verkehrswert des Grundstücks zumindest nahekommt. Aber 1965 wurde diese Feststellung ausgesetzt, nicht wieder aufgenommen und auch keine neue gesetzliche Regelung geschaffen. Auf diese Weise ergaben sich mit der Zeit immer gravierendere Unterschiede zwischen Verkehrswert und dem Einheitswert.

Das Bundesverfassungsgericht hat deshalb entschieden, dass spätestens bis zum 31.12.2019 eine gesetzliche Neuregelung getroffen werden musste, die dann ab dem 01.01.2025 Anwendung finden musste.

Was bedeutet das für Ihre Grundsteuer?

Alle Wohneigentümerinnen und -eigentümer haben Anfang 2025 die Bescheide über die neue Grundsteuer durch die Gemeinde erhalten. Im Vorfeld dazu haben Sie von dem für Sie zuständigen Finanzamt Bescheide über die Festsetzung des Grundsteuerwerts und des Grundsteuermessbetrags erhalten.

In Zusammenhang mit der Grundsteuer liegen Ihnen somit drei Bescheide vor:

1. Bescheid über die Feststellung des Grundsteuerwerts.

- Er wird vom Finanzamt erlassen.
- Grundlage ist die von Hauseigentümerinnen und -eigentümern eingereichte „Erklärung zur Feststellung des Grundsteuerwertes".
- Wesentliche Faktoren zur Berechnung des Grundsteuerwertes ist der jeweilige Wert des Bodens (Bodenrichtwert) und die Höhe der statistisch ermittelten Nettokaltmiete. Weitere Faktoren sind die Grundstücksfläche, Grundstücksart und das Alter des Gebäudes.
- Der Grundsteuerwert steht also vereinfacht ausgedrückt für den Wert Ihres Gebäudes.
- Es handelt es sich um einen Grundlagenbescheid, auf dem die weiteren Bescheide beruhen.
- Einspruchsmöglichkeit: innerhalb eines Monats nach Erhalt des Bescheides beim Finanzamt. Mit dem Einspruch wehren Sie sich gegen die Höhe der Bewertung Ihres Grundstücks.

2. Bescheid über die Feststellung des Grundsteuermessbetrages.

- Er wird vom Finanzamt erlassen.
- Der Grundsteuermessbetrag stellt ein Rechengröße für die Berechnung der Grundsteuer dar. Er kann auch als verkleinerter Grundsteuerwert bezeichnet werden.
- Einspruchsmöglichkeit: innerhalb eines Monats nach Erhalt des Bescheides beim Finanzamt. Mit dem Einspruch gegen den Grundsteuermessbetrag können Sie nur noch die Umrechnung aus dem Grundsteuerwert in den Grundsteuermessbetrag beim Finanzamt beanstanden.

3. Bescheid über die Grundsteuer

- Er wird von der Gemeinde/Stadt erlassen.
- Es gibt zurzeit in Alfter zwei Hebesätze. Einen für die Grundsteuer A (Land- und Forstwirtschaft) und einen für die Grundsteuer B (Wohnen und Gewerbe). Die Grundsteuer C als möglicher dritte Hebesatz gilt für unbebaute baureife Grundstücke und wird in Alfter nicht angewendet.
- Die Höhe der Grundsteuer ergibt sich aus dem Grundsteuermessbetrag multipliziert mit dem Hebesatz der jeweiligen Stadt/Gemeinde. Die Höhe des Hebesatzes wird vom Rat der Stadt/Gemeinde festgesetzt.

  Beispielrechnung:

  Der neue Steuermessbetrag liegt bei 92,75 Euro. Der Hebesatz in Alfter liegt bei 904 % Punkten für die Grundsteuer B.

  92,75 € x 904 % oder 92,75 € x 9,04 = 838,46 €

  Es sind also 838,46 € an Grundsteuern zu entrichten.
- Einspruchsmöglichkeit: innerhalb eines Monats nach Erhalt bei der Stadt/Gemeinde. Ein Einspruch gegen den Grundsteuerbescheid Ihrer Kommune wendet sich ausschließlich gegen den Hebesatz, also nicht mehr gegen die ursprüngliche, durch das Finanzamt festgesetzte Bewertung.

Was bedeutet Aufkommensneutralität wirklich?

Der Begriff kann und wird oft missverstanden. Er bedeutet nur, dass die Gemeinde nach Umsetzung der Grundsteuerreform ihr Grundsteueraufkommen insgesamt stabil halten kann, also dass sie im Jahr 2025 ähnlich viel an Grundsteuer einnimmt wie in den Jahren vor der Reform.

Aufkommensneutralität bedeutet jedoch nicht, dass Ihre Grundsteuer gleichbleibt. Hat sich durch die Neubewertung ergeben, dass Ihr Grundbesitz an Wert gewonnen hat, dann steigt daher Ihre Grundsteuer. Es kann teilweise zu einem hohen individuellen Anstieg bei der Grundsteuer kommen. Insbesondere bei älteren Immobilien kann ein deutlicher Anstieg der Grundsteuer zu verzeichnen sein.

Eine Lösung des Problems kann nur auf Landesebene über eine Veränderung der Grundsteuer-Messzahl erfolgen. Die alte CDU/FDP Landesregierung hat trotz frühzeitiger Warnung zu lange abgewartet und eine solche Änderung abgelehnt. Da für 2025 eine mögliche Änderung der Messzahl nicht mehr greifen würde, hoffen wir darauf, dass das Land hier für 2026 nachsteuert.

Grüne fordern gesplittete Hebesätze für Alfter

Erste Berechnungen der Grundsteuer bei verschiedenen Kommunen haben gezeigt, dass nach aktuellem Stand insbesondere Wohnhäuser stärker belastet werden als Gewerbeimmobilien. Bei Gewerbeimmobilien ergibt sich sogar eine Entlastung.

Zur Abfederung dieses Ungleichgewichtes, also um zu verhindern, dass Wohnen teurer wird, hat die von CDU und Grünen geführte Landesregierung den Kommunen die Möglichkeit eröffnet, künftig unterschiedliche Hebesätze für Gewerbe und Wohnen ansetzen zu können.

Der Rat der Gemeinde Alfter hat in seiner Sitzung vom 26.09.2024 beschlossen, im Zuge der Grundsteuerreform 2025 auf die Anwendung von gesplitteten Hebesätzen zu verzichten. Dies erfolgte gegen die Stimmen von Bündnis 90 / Die Grünen.

Die Grünen wollten zumindest erreichen, dass die Verwaltung dem Rat eine Berechnung vorlegt, in der ein Vergleich zwischen Grundsteuer auf Basis der gesplitteten Hebesätze und nicht gesplitteten Hebesätze erfolgt. Aus diesem Grund haben wir in der Ratssitzung vom 26.09.2024 beantragt, die Verwaltung zu beauftragen, für Alfter mögliche Varianten differenzierter Hebesätze zwischen Wohn- und Gewerbeimmobilien für den Nachtragshaushalt zu prüfen und diese zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen. Der Antrag wurde allerdings von keiner anderen Fraktion im Rat unterstützt. Somit gilt in Alfter ein einheitlicher Hebesatz von 904 Punkten.

Auf Basis der vorliegenden Ergebnisse und Informationen werden wir zur Ratssitzung am 03.07.25 den Antrag auf Umsetzung des gesplitteten Hebesatzes stellen. Trotz der Absenkung von 995 auf 904 Punkte kann es bei Ihnen durch den neuen Messbetrag zu einer höheren Grundsteuer kommen.

Aufgrund der neuesten Informationen, die uns vorliegen, ist genau das eingetreten, was wir vorhergesehen haben: Gewerbeimmobilien werden zulasten von Wohnimmobilien entlastet. Wir werden daher im Rat am 03.07.2025 einen Antrag auf Einführung der gesplitteten Grundsteuer stellen. Wir sind gerne zu einem Gespräch mit Ihnen bereit.

Wilhelm Windhuis

Artenvielfalt ist wichtig für Wohlstand und Ästhetik

Was kann die Gemeinde dazu beitragen?

Artenvielfalt liefert vielfältige Landschaftsbilder, Wälder mit vielen verschiedenen Baumarten und blühende Wiesen – alles Dinge, die unsere Sinne ansprechen und uns nachweislich beruhigen. Sie ist für uns aber auch überlebenswichtig, denn sie liefert Trinkwasser, Rohstoffe, gesunde Böden für die Landwirtschaft, Wirkstoffe für Arzneimittel und sie spielt eine wichtige Rolle bei der Klimaregulation. Ihr Verlust gehört deshalb zusammen mit dem Klimawandel zu den größten ökologischen Krisen unserer Zeit.

Die sogenannte Aussterberate von Arten liegt heute 100 bis 1000 mal höher als in den letzten zehn Millionen Jahren (Dasgupta-Report). Einige unserer Ökosysteme sind bereits unwiederbringlich zerstört. Die Kosten der Naturzerstörung liegen bei vier bis sechs Billionen US-Doller jährlich. Der Report warnt vor weiteren Kipppunkten mit katastrophalen Folgen für unseren Wohlstand und unsere Überlebenschancen.

Warum ist der Verlust der Artenvielfalt viel zu selten Thema?

Einer der wichtigsten Gründe dürfte sein, dass das Artensterben leise passiert und dadurch nicht wahrgenommen wird. Wir haben nämlich die Neigung, bevorzugt solche Informationen für unsere Entscheidungen zu nutzen, die offensichtlich sind (“What you see is all there is”). Die Auswirkungen des Artensterbens sind zudem sehr komplex.

Warum kommt es zu Fehlentwicklungen mit drastischen Folgen?

Der oben erwähnte Dasgupta-Report weist kritisch darauf hin, dass die klassischen Wachstums- und Entwicklungstheorien die Abhängigkeit der Menschheit von der Natur nicht berücksichtigen. Als Ergebnis dieser Fehlsteuerung werden die Folgekosten für die „Reparatur“ der Umweltschäden exponentiell größer. Zudem steigt die Häufigkeit von Hitzewellen, Dürren, Wassermangel und zunehmenden Fluchtbewegungen aus Regionen, die schlichtweg nicht mehr bewohnbar sind. Auch die Politik trägt einen entscheidenden Anteil an dieser Fehlentwicklung, weil sie das Naturkapital nicht adäquat berücksichtigt. Auf kommunaler Ebene werden wir das ganz große Rad nicht drehen, aber im „Kleinen“ gibt es schon Möglichkeiten.

Was können wir als Einzelne oder als Gemeinde leisten?

Auf Gemeindeebene gibt es eine ganze Reihe von Ansatzpunkten, die teilweise auch schon verfolgt werden. So können öffentliche Flächen naturnah gestaltet werden mit Blühwiesen und Hecken oder alten Obstsorten. Diese Maßnahmen lassen sich auch sehr gut mit Zielen der Klimaanpassung verbinden. Zunehmenden Hitzetagen kann durch die Anlage von Flächen begegnet werden, die als Frischluftschneise fungieren und zur Kühlung beitragen. Klimaresistente Bäume zu pflanzen ist jetzt enorm wichtig. Sie tragen in Straßen und auf Plätzen zur Kühlung bei und nutzen Menschen und Tieren.

Zur Artenvielfalt trägt auch bei, wenn die Mähzeiten auf gemeindeeigenen Grünflächen im Frühjahr und Herbst eingeschränkt werden und auf die Anwendung von Pestiziden verzichtet wird. Die Gemeinde Alfter ist noch nicht als pestizidfreie Kommune gelistet.

Neben der Zunahme von Stickstoffverbindungen (unter anderem Düngemittel) und Pestiziden in der Landwirtschaft steht die rapide Zunahme künstlicher Lichtquellen im Verdacht, für den drastischen Rückgang des Insektensterbens verantwortlich zu sein. Hier sind auf Betreiben der Grünen deutliche Fortschritte erzielt worden. In den nächsten zwei bis drei Jahren werden alle Straßenlaternen auf LED-Technik umgerüstet. Bis dahin bleibt es bei der teilweisen Nachtabschaltung. Laut einer Studie der Universität Mainz verenden rund

eine Milliarde nachtaktive Insekten täglich (!!) an Straßenlaternen in Deutschland, weil die Helligkeit von künstlichen Lichtquellen dazu führt, dass sie diese anstelle einer natürlichen Orientierung an den weit entfernten Lichtquellen wie Sternen oder dem Mond heranziehen und sie immer schneller umkreisen und letztlich an Erschöpfung sterben. Die Nachtabschaltung ist also ein wichtiger Schritt zu einer lokalen Verbesserung. Ein befürchteter Verlust an Sicherheit konnte übrigens bisher nicht nachgewiesen werden. Dafür konnte der Stromverbrauch der Gemeinde deutlich gesenkt werden. Zukünftig sollen die neuen LED-Leuchten gedimmt werden und durch Bewegungsmelder nur im Bedarfsfall heller leuchten – das wollen zumindest die Grünen.

Eine wichtige Rolle als Schnittstelle zwischen Gemeinde und Bürgerinnen und Bürgern spielen Organisationen, Vereine oder andere ehrenamtliche Akteure. So hat beispielsweise der Heimat und Naturschutzverein Oedekoven e.V. im Rahmen eines Gemeinschaftsprojektes mit dem Gymnasium am Jungfernpfad in Oedekoven ein 20 Quadratmeter großes Beet mit bedrohten heimischen Pflanzen angelegt. Pflanzen spielen für die Artenvielfalt eine wichtige Rolle, denn sie sind auch relevant für die Artenvielfalt im Tierreich – bei Insekten und Vögeln beispielsweise. Pflanzen stellen die Grundlage aller Nahrungsnetze dar. Das Projekt soll Bürgerinnen und Bürgern den Schritt zu mehr Biodiversität leichter machen, denn die Pflanzen sind auch für Privatgärten geeignet und zudem absolute Hingucker.

Ein weiterer Ansatzpunkt, der auch den privaten Bereich betrifft, ist die Versiegelung von Flächen. Sie trägt zu einem erheblichen Rückgang der Insektenvielfalt bei, weil sie Insekten den Lebensraum und die Nahrungsquellen entzieht. Hier hat es jede und jeder in der Hand, mit einfachen Mitteln einen Beitrag zu leisten. Alle diese genannten Schritte mögen einem klein vorkommen – sie sind es aber nicht. In Summe ist die Wirkung groß und die Nebeneffekte können ebenfalls immens sein. Auch der Mensch profitiert unmittelbar: Schließlich führt die Summe der komplexen Bedrohungen, denen wir ausgesetzt sind, bei vielen Menschen zu einem Gefühl der Ohnmacht und Resignation. Das beste Mittel dagegen ist Aktivität, und zwar in dem Rahmen, den wir selber beherrschen können. Damit gewinnen wir Kontrolle. Diesen Effekt nutzen bereits viele Bürgerinnen und Bürger in Alfter im privaten Bereich oder in Vereinen, die sich für Umweltverbesserungen einsetzen. Es sind mehr als viele glauben. Wir möchten ihnen allen an dieser Stelle für Ihr Engagement danken.

Hermann Huckert

Umweltschutz und nicht nur religiöse Weltanschauungen

Religiöse und konservative Haltungen zum Klimaschutz

Klimaschutz wird heute oft als „grüne Ideologie“ kritisiert. Dabei gehört die Verantwortung für unsere Umwelt in vielen religiösen und ethischen Traditionen ganz selbstverständlich dazu. Dieser Artikel zeigt in aller Kürze, wie das Christentum, der Islam, der Buddhismus und ein klassisches ethisches Prinzip aus der Philosophie auf den Schutz unserer Lebensgrundlagen blicken – und was wir daraus ableiten können.

Christentum: Die Schöpfung bewahren

„Machet euch die Erde untertan“ – dieser Bibelvers aus dem 1. Buch Mose wurde lange als Gebot verstanden, die Natur auszubeuten. Doch dieses Verständnis wandelt sich. Papst Franziskus rief in seiner Umweltenzyklika Laudato Si’ (2015) zu einem neuen Bewusstsein auf: Die Erde sei ein „gemeinsames Haus“, das wir verantwortungsvoll bewahren müssen. Auch Papst Leo XIV. sprach kürzlich vom weltweiten Klimanotstand und forderte konkrete politische Schritte. Ob die Kirche ihrer Verantwortung tatsächlich in ihrem eigenen Handeln und ihrem politischen Einfluss gerecht wird, sollten wir aufmerksam beobachten.

Islam: Verantwortung vor Gott

In Deutschland ist das Thema Umweltschutz im Islam nicht sehr präsent. Doch 2020 wurde mit Al-Mizan: Ein Bündnis für die Erde ein wichtiges islamisches Dokument veröffentlicht. Es ruft zum Schutz der Umwelt auf – aus dem Koran heraus begründet und getragen von einer breiten Koalition islamischer Gelehrter und Menschen aus der Politik. Ziel ist es, das Bewusstsein für und Maßnahmen gegen den Klimawandel zu stärken. Auch hier gilt: Zwischen ethischem Anspruch und politischer Realität besteht oft ein Widerspruch – etwa beim Blick auf die Politik der großen Erdölstaaten.

Buddhismus: Mitgefühl und Konsequenz

Der Dalai Lama sieht den Schutz der Umwelt als zentrale moralische Aufgabe. In seinem Buch Schützt unsere Umwelt (mit Franz Alt, 2020) erklärt er: Wäre Buddha heute unter uns, wäre er „grün“. Zusätzlich zum Mitgefühl für alle Lebewesen betont der Buddhismus das Prinzip von Ursache und Wirkung (Karma) – unsere Handlungen haben unausweichlich Folgen für uns selbst und für andere. Anders als viele Religionen beruht der Buddhismus nicht auf Glaubenssätzen, sondern auf Erfahrungen. Der Dalai Lama stellt daher klar: Wenn wissenschaftliche Erkenntnisse religiösen Vorstellungen widersprechen, hat die Wissenschaft Vorrang. Bhutan, stark buddhistisch geprägt, verfolgt eine ambitionierte und erfolgreiche Klimapolitik.

Philosophie: Kants kategorischer Imperativ

Der Philosoph Immanuel Kant formulierte vor über 200 Jahren ein einfaches ethisches Prinzip: „Handle nur nach derjenigen Maxime, durch die du zugleich wollen kannst, dass sie allgemeines Gesetz werde.“, das bis heute als Grundlage für viele konservative Ethikkonzepte gilt. Übertragen auf Umweltfragen bedeutet dies: Würden wir in einer Welt leben wollen, in der alle so viele Treibhausgase verursachen wie wir selbst?

Was heißt das für uns?

Die Fakten zum Klimawandel sind allen bekannt. Trotzdem handeln viele Menschen kaum. Fachleute sprechen von kognitiver Dissonanz – der unangenehmen Spannung, wenn Wissen und Handeln nicht zusammenpassen. Dieser innere Widerspruch kann lähmen und zu Verdrängung führen.

Dabei fordern viele religiöse und ethische Traditionen uns auf, Verantwortung zu übernehmen. Kein Mensch ist perfekt. Aber jede und jeder kann im Alltag Schritte gehen – beim Konsum, beim Reisen, beim Energieverbrauch. In der Politik sollten wir von allen Parteien erwarten, dass sie konkrete und gerechte Antworten auf die Klimakrise geben – nicht irgendwann, sondern jetzt. Fragen wir unsere Vertreterinnen und Vertreter, für welche Werte sie stehen – und woran sie ihr Handeln messen lassen.

Denn unabhängig von Religion oder Weltanschauung: Eine gesunde, lebenswerte Welt wünschen wir uns alle – für uns selbst, für unsere Kinder und für kommende Generationen.

Axel Glasmacher

Unsere beiden Kandidaten für den Kreistag

Wilhelm Windhuis *für Alfter, Gielsdorf, Impekoven und Oedekoven in den Kreistag*

Tobias Lorscheid *für Witterschlick und Volmershoven in den Kreistag*

Mit unserem Wahlprogramm in der Heftmitte